



Antragsmappe

3.Schüler:innenparlament

(Stand 20.02.2026)



Meidung von Meinung?

Antrag von: Ivan Ivanov, Theresianum

Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse

Boris Andreev, Theresianum

Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Hannah Concin, Theresianum

Das Wiener Schüler:innenparlament lebt von inhaltlicher Auseinandersetzung. Der Zweck einer Sitzung ist es, Argumente auszutauschen, Positionen sichtbar zu machen und Mehrheiten auf Basis einer sinnvollen Debatte zu bilden.

Derzeit werden im Ablauf eines Hauptantrags zuerst sämtliche Erweiterungsanträge, Abänderungsanträge und Streichungsanträge behandelt, bevor reguläre Redeanträge erfolgen. Zwar ist die Funktion von Erweiterungsanträgen, Abänderungsanträgen und Streichungsanträgen für die Diskussion von Anträgen zweifelsfrei immens, doch das momentane System führt in der Praxis zu erheblichen Problemen:

Es werden in großer Zahl Erweiterungsanträge eingebracht. Oftmals nicht hauptsächlich zur inhaltlichen Verbesserung, sondern um auf diesem Weg eine Position zu äußern, da eben reguläre Wortmeldungen erst nachrangig behandelt werden. Dadurch entsteht eine Umgehung der Debattenstruktur, die so nicht sinnvoll ist. Am Ende wird dann über eine Vielzahl von Anträgen abgestimmt, bei denen man sich nicht mal erinnern kann, welches Thema sie behandelt haben.

Macht es Sinn Redeanträge so auszugrenzen? Sollte man nicht lieber eine fundierte Debatte über den Kern des Antrages haben anstatt sich um kleine Details zu sorgen?

Eine Meinung zu äußern ist nicht minder wichtig als einen Antrag formal zu verändern, insbesondere bei kontroversiellen Themen. Gerade dort muss zuerst Raum für Argumente bestehen, bevor Detailänderungen vorgenommen werden.

Forderungen:

- Änderung von Abschnitt 4. § 27. auf:

Redeanträge

Sobald die Begründung des Antrags abgeschlossen ist, können sich alle Delegierten mit einem schriftlichen Redeantrag (Wortmeldung) auf die Redner:innenliste zur Diskussion setzen lassen. Hierfür müssen die von der Landesschüler:innenvertretung zur Verfügung gestellten Formulare verwendet werden, angegeben werden Name und Schule. Die Redezeit darf drei Minuten nicht überschreiten. Redeanträge sind mit gleicher Priorität zu behandeln wie Anträge nach Abschnitt 3. §21, 21a, 21b. Demnach müssen alle Anträge nach Abschnitt 3. §21, 21a, 21b., sowie der Redeantrag nach Abschnitt 4. §27 geordnet nach der Zeit der Einreichung behandelt werden.

Schülerparlament oder Schülervertreterparlament?

Antrag von: Ivan Ivanov, Theresianum

Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben

Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11

Boris Andreev, Theresianum

Hannah Concin, Theresianum

Das Wiener Schüler:innenparlament (SIP) versteht sich laut eigener Präambel als zentrales Forum der demokratischen Meinungsbildung und Interessenvertretung der Wiener Schüler:innen. Damit dieses Ziel erfüllt werden kann, ist ein möglichst niederschwelliger, transparenter und gleichberechtigter Zugang zu diesem Gremium essenziell.

Gastdelegierte spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie ermöglichen Schüler:innen, die (noch) keine formale Funktion innehaben, sich aktiv mit schulpolitischen Themen auseinanderzusetzen, parlamentarische Prozesse kennenzulernen und sich in die Debatte einzubringen. Gerade für viele Schüler:innen stellt die Teilnahme als Gastdelegierte den ersten Berührungspunkt mit schulischer Demokratie dar.

Der physische Aufenthalt im Sitzungssaal ist dabei von besonderer Bedeutung. Nur wer im Saal präsent ist, kann Debatten unmittelbar verfolgen, Stimmungen wahrnehmen und sich als tatsächlicher Teil des Gremiums fühlen.

Derzeit entsteht jedoch der Eindruck, dass Gastdelegierte als Beteiligte zweiter Klasse behandelt werden: anwesend, aber räumlich ausgeschlossen; eingeladen, aber faktisch distanziert. Das widerspricht nicht nur dem Geist der Geschäftsordnung, sondern auch dem demokratischen Selbstverständnis dieses Gremiums.

Maßnahmen zur Wahrung der Ordnung und Sicherheit im Rahmen des SIP sind selbstverständlich notwendig. Diese müssen jedoch zielgerichtet, verhältnismäßig und individuell erfolgen. Pauschale Einschränkungen ganzer Gruppen ohne konkreten Zusammenhang zu einem Fehlverhalten untergraben Vertrauen und Beteiligungskultur.

Wenn dieser Antrag abgelehnt wird und Gastdelegierte weiterhin systematisch vom Sitzungssaal ausgeschlossen bleiben, stellt sich die ehrliche Frage, ob dieses Gremium dann noch den Namen Schüler:innenparlament verdient – oder ob es nicht gleich Schülervertreter:innenparlament heißen müsste.

Forderungen:

- Änderung von Abschnitt 1. § 3. auf:

Gastdelegierte

Gastdelegierte können die Mitglieder der Bundesschüler:innenvertretung (BSV), von der LSV eingeladene Expert:innen sowie Abgeordnete zum Wiener Landtag und alle Wiener Schüler:innen sein. Sie besitzen kein Stimmrecht, aber Rederecht und das Recht den Sitzungssaal zu betreten.

1. Gemeinsam gerecht – Für ein faires, inklusives und solidarisches Schulleben in ganz Wien.

Antrag von: Aviel Kaikov, ZPC
Paul Zganjer, Linzerstraße
Simon Jung, Hagenmüllergasse

Gerechte Bildung bedeutet, dass jede:r Schüler:in – egal welche Herkunft, welches Einkommen oder welche Voraussetzungen – die gleichen Chancen hat, erfolgreich zu lernen und sich zu entfalten.

Doch in Wien ist das noch längst nicht Realität. Hohe Kosten für Schulmaterialien, Bücher oder digitale Geräte benachteiligen viele Schüler:innen massiv.

Wer sich diese Dinge nicht leisten kann, steht von Anfang an schlechter da – im Unterricht, bei Aufgaben und im Selbstvertrauen.

Schule darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Eine faire Grundausstattung für alle ist kein Luxus, sondern die Grundvoraussetzung für Chancengerechtigkeit. Dazu kommt der wachsende psychische Druck: Leistungsstress, soziale Unsicherheiten und Belastungen außerhalb der Schule treffen Schüler:innen täglich. Viele haben keinen leichten Zugang zu Schulpsycholog:innen, Sozialarbeiter:innen oder Peer-Beratungsstellen.

Mentale Gesundheit darf nicht dem Zufall überlassen werden – sie ist entscheidend für das Lernen und für ein gesundes Aufwachsen. Schließlich fehlt es an echter Mitbestimmung: Entscheidungen über Schulalltag, Lernbedingungen oder Infrastruktur werden häufig ohne die Betroffenen getroffen.

Schüler:innen wissen selbst am besten, was sie brauchen. Mitbestimmung ist nicht nur ein Recht, sie ist ein zentraler Faktor für gute Schule.

Forderungen:

- faire und gleiche materielle Voraussetzungen für alle,
- Finanzielle Unterstützung für von Armut betroffene Schüler:innen
- Eine grundsätzliche Reform des psychologischen Beistands für Schüler:innen

2. Krieg und Friede. Stoppt die Genozide.

Antrag von: Fabian Beltinger, VBS Akademiestraße
Mona Farahat, Ella Lingens Gymnasium

Der schulische Bildungsauftrag beschränkt sich nicht nur auf die Vermittlung historischer Fakten, sondern umfasst auch die Förderung von politischer Bildung, kritischem Denken und gesellschaftlicher Verantwortung. Im Unterricht wird ausführlich auf den Zweiten Weltkrieg, den Holocaust und andere historische Menschheitsverbrechen eingegangen, um aus vergangenen Fehlern zu lernen und ein Bewusstsein für die Gefahren von Ausgrenzung, Entmenschlichung und Gewalt zu schaffen.

Gleichzeitig zeigt die Gegenwart, dass Völkermorde, systematische Menschenrechtsverletzungen und bewaffnete Konflikte auch heute Realität sind und von großen Teilen der Welt oftmals nur am Rande wahrgenommen werden. Viele Schüler_innen erleben diese Ereignisse über soziale Medien, Nachrichten oder private Gespräche, jedoch meist ohne ausreichende Einordnung, Faktenbasis oder Raum für Reflexion. Dadurch entstehen Unsicherheit, Sprachlosigkeit oder polarisierte Meinungsbilder.

Schule hat die Verantwortung, junge Menschen nicht nur über die Vergangenheit zu informieren, sondern sie auch zu befähigen, aktuelle Entwicklungen zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und ethisch zu reflektieren. Das bewusste Wegschauen bei gegenwärtigem Unrecht widerspricht den Werten, die durch historische Bildung vermittelt werden sollen.

Ein offener, respektvoller und pädagogisch begleiteter Umgang mit aktuellen globalen Konflikten stärkt demokratische Kompetenzen, fördert Empathie und hilft, Extremismus, Desinformation und Gleichgültigkeit entgegenzuwirken. Daher ist es notwendig, Schule als Ort der Aufklärung, Diskussion und Friedenserziehung aktiv zu nutzen.

Forderungen:

- Es muss sichergestellt werden, dass tagesaktuelle weltpolitische Ereignisse regelmäßig und altersgerecht im Unterricht behandelt werden.
- Der Unterricht soll historische Genozide systematisch mit aktuellen Entwicklungen verknüpfen, um die Relevanz historischer Lehren für die Gegenwart sichtbar zu machen.
- Schulen sollen Raum für strukturierte Diskussionen und Debatten zu aktuellen Konflikten schaffen, um demokratische Gesprächskultur und kritisches Denken zu fördern.
- Schulische Projekte, Workshops oder Aktionstage zu Frieden, Menschenrechten und Gewaltprävention sollen aktiv gefördert und ermöglicht werden.

3. Vermitteln was wirklich zählt

Antrag von: Gregor Unger, Bhakwien11

In der AHS lernt man extrem viel: Von Chemie, über Biologie bis hin zu Latein, wovon man vieles im späteren Leben kaum verwenden kann. Das was nach der Schule aber wirklich zählt, wird allerdings kaum oder gar nicht vermittelt und das ist Finanzbildung. In einer Welt, die zunehmend von wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen geprägt ist, wird es immer wichtiger, bereits in der Schule grundlegendes Wissen über Finanzen zu erwerben. Finanzbildung hilft nicht nur, den eigenen Umgang mit Geld besser zu verstehen, sondern auch, die Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen auf das eigene Leben und die Gesellschaft insgesamt zu erkennen. Wer Finanzwissen besitzt, kann nicht nur sinnvoll mit seinem eigenen Geld umgehen, sondern ist auch besser in der Lage, informierte Entscheidungen zu treffen – sei es im Berufsleben, in der Politik oder als Konsument. Vor allem angesichts der sich ständig verändernden wirtschaftlichen Landschaft ist es also entscheidend, dass wir SchülerInnen gut auf unser späteres Leben vorbereitet sind.

Forderungen:

- In der AHS-Oberstufe soll durch Einführung eines neuen, verpflichtenden Faches, grundlegende Finanzbildung vermittelt werden. Darunter gehören vor allem: Finanz/- Haushaltsplanung; Grundlagenbildung zum Geld- bzw. Kapitalmarkt (z.B. Anlagemöglichkeiten, Kredite); Wirtschaftssysteme, etc.
- Sollte die Einführung eines neuen Faches nicht möglich sein, sollen oben genannte Punkte in den Lehrplan eines bereits bestehenden Faches aufgenommen werden.
- Es soll an jeder AHS Wiens möglich sein, den Unternehmerführerschein zu machen.

4. Ein eigenes Budget für eigene Ideen – SV-Budget

Antrag von: Boris Andreev, Theresianum
Luis Erling, BRG14 Linzerstraße
Hannah Concin, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Ivan Ivanov, Theresianum
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Ein Großteil der Wiener Schüler:innenvertretungen hat eine riesige Menge an Ideen und Projekten, die sie gerne umsetzen würden. Diese Projekte erfordern meistens eine gewisse finanzielle Unterstützung, die sie vom Elternverein oder der Direktion oftmals nicht bekommen. Um zu gewährleisten, dass die Schüler:innenvertretung auch unabhängig von finanzieller Unterstützung der anderen Schulinstanzen funktionieren kann, braucht es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen. Das nötige Geld dafür soll durch einen Schüler:innenbeitrag von maximal 4€ im Jahr finanziert werden, welcher dann ausschließlich für Projekte verwendet wird, die den Schüler:innen zugutekommen. Zusätzlich dazu soll das Budget durch Aktionen der SV, wie z.B. Verlosungen aufgestockt werden können. Um das ganze übersichtlich und verantwortungsbewusst zu koordinieren, müsste es ein eigenes Girokonto für die SV geben, das von dieser auch verwaltet wird. Des Weiteren muss die Schüler:innenvertretung einen Rechenschaftsbericht ablegen und die Finanzen auch im SGA vorlegen, die auch noch von den zukünftigen Schüler:innenvertretungen eingesehen werden können.

Forderungen:

- Wir fordern, dass es ein festgelegtes Budget für alle Schüler:innenvertretungen gibt, welches frei, für schulische Zwecke, verwendet werden kann.

5. Spezialisierung in der Oberstufe - Mach dir Schule wie sie dir Gefällt

Antrag von: Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Boris Andreev, Theresianum

Schule sollte sich nach den individuellen Interessen und Begabungen der Schüler:innen richten. Falls sie sich dieser schon mit 14 bewusst sind, gibt es in Österreich Berufsbildende Höhere Schulen die manche Interessen abdecken. Für jene, die sich in dem Alter noch nicht entscheiden können, heißt es dann erstmal 4 weitere Jahre AHS, wo sie mit Sicherheit neue Interessen entwickeln, die unser Schulsystem jedoch komplett ignoriert.

In Deutschland kann man in der 11. Schulstufe entscheiden, ob man Fächer abwählen will oder andere intensivieren will. Natürlich steht das dann im Zeugnis, jedoch hilft es Schüler:innen wahnsinnig ihren Interessen nachzugehen.

Wir denken, dass Oberstufenschüler:innen jedes Schuljahr selbst über ihren Stundenplan entscheiden können sollten. Nebenfächer sollten komplett abgewählt werden können, solange ein anderes intensiviert (verdoppelt) wird oder ein neues hinzugefügt. Schularbeitsfächer müssen absolviert werden, könnten jedoch auch halbiert oder intensiviert werden.

Natürlich muss es Beratung geben, die nicht nur bei der Wahl des Stundenplans hilft, sondern auch über die besten Möglichkeiten auf Basis des Stundedeplans zur Weiterbildung während und nach der Schule informiert.

Desweiteren soll langfristig das System der Modularen Oberstufe, welches es bereits an Schulversuch in einigen Wiener AHSen gibt, als eine Möglichkeit für mehr Selbstbestimmung für Schüler:innen gelten.

Es soll weiterhin die Zentralmatura gelten, doch natürlich angepasst an den Stundedeplan und auch mit einem entsprechendem Maturazeugnis.

Forderungen:

- Schüler:innen sollen zu einem gewissen Grad selbst über ihren Stundenplan entscheiden können
- Die Interessen von Schüler:innen sollen an erster Stelle stehen und Ausgebildete Berater:innen sollen sie auf ihrem Schulweg begleiten.
- Die Zentralmatura soll an dieses System angepasst werden
- Die LSV und die BSV sollen sich für eine Ausweitung des Schulversuches Modulare Oberstufe (MOST) einsetzen.

6. Verpflichtete Besuche zu Holocaust-Gedenkstätten

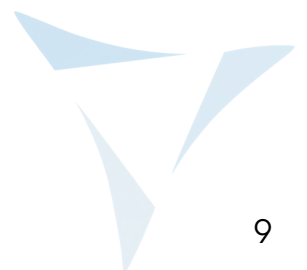
Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse

Du gehst wie jeden Tag zur Schule. Auf dem Weg in die Klasse entdeckst du es, eine Hakenkreuz Schmiererei. Am Nachmittag rufen irgendwelche Unterstufen-Schüler:innen "Ausländer Raus! Ausländer Raus!", weil sie es irgendwie auf Social Media gehört haben. Das ist nur ein Symptom, nicht die Krankheit. Die Krankheit ist, dass unsere Gesellschaft verlernt hat, wie man sensibel mit dem Thema Holocaust umgeht. Der Einsatz am Peršmanhof diesen Sommer hat die Frage aufgeworfen, ob der Staat wirklich so mit Gedenkstätten umgehen soll. Wollen wir das? Jedes gesellschaftliche Problem trifft die Schule zuerst.

Wir Schülern wollen nicht, dass sich die Vergangenheit wiederholt. Um diese Krankheit zu bekämpfen, fordern wir konkret, dass Schulen in einem Jahrgang Reisen und Besuche zu KZ-Gedenkstätten, Holocaust Mahnmale und vergleichbaren Orten organisieren. Es ist notwendig Schulen dazu zu verpflichten, da die Organisation einer solchen Reise von der Motivation gewisser Lehrkräfte abhängt. In der Steiermark plant die Landesregierung mit dem zuständigen Landesrat Stefan Hermann, Schulen zur Organisation von Ski-Kursen zu verpflichten. Diese Auffassung von „Verpflichtung“, sollte ebenso für den Besuch von Holocaust-Gedenkstätten gelten. Was ist wichtiger – ein Ski-Kurs oder das Gedenken an zick Millionen Opfer des Nationalsozialismus? Diese existierende Kluft, soll mit der Umsetzung dieses Antrags ausgeglichen werden.

Forderungen:

- Schulen zu verpflichten für einem Jahrgang reisen zu Holocaust-Gedenkstätten organisieren.



7. Mental Health Matters!

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Alisa Gradasevic, BGRG Erlgasse
Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Hannah Concin, Theresianum
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Boris Andreev, Theresianum
Diego Wintesperger, Modul
Amina-Fatou Bichler, Marianum

Dieser Antrag kommt euch bekannt vor? Er wurde schon gestellt. Und er wird weiter gestellt werden, bis die Politik uns anhört, denn Mental Health ist ein Thema bei dem man nicht schweigen kann.

Die Jugend wurde von der Coronakrise besonders hart getroffen. Soziale Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, Schüler:innen fühlten sich alleine gelassen und der Schulstress nahm beträchtlich zu. Die Jugend ist am meisten beeinflusst von der Klimakrise, viele haben keinen wirklichen Ausblick auf ihre Zukunft in 30-40 Jahren. Die Jugend leidet stark unter den aktuellen Krisen, viele junge Leute fürchten die Gewaltwellen aus der Ukraine, oder aus Israel/Palästina schwappen auch nach Österreich über. Doch wo bleibt die Politik?

Laut einer Studie des Gesundheitsministeriums leiden über 30% der Schüler:innen in der 11. Schulstufe an Zukunftssorgen. Einschlafschwierigkeiten, Gereiztheit, Nervosität und Niedergeschlagenheit sind in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen⁽¹⁾. Auch die besonders schweren Fälle steigen, über 15% der 18-Jährigen haben bereits eine klinisch schwere depressive Episode erlebt⁽²⁾.

Auch an Schulen sind ausgebildete Kinder- und Jugendpsycholog:innen eine Seltenheit. Für uns ist klar: Die psychische Gesundheit von jungen Menschen darf auch in Krisenzeiten nicht leiden. Genau aus diesem Grund braucht es den raschen Ausbau von professionellen Psycholog:innen an Schulen, die den Schüler:innen in stürmischen Zeiten eine starke Schulter bieten.

Es ist natürlich sehr schwierig, schnell die Anzahl der Schulpsycholog:innen zu erhöhen. Aber es ist notwendig, sofortige Maßnahmen zu treffen, um auf die Krise der mentalen Gesundheit von Schüler:innen zu reagieren. Hier sind Schule und das Ministerium gleichermaßen gefragt. Es muss eine niederschwellige Ansprechperson für jede:n Schüler:in geben. Das Konzept der Vertrauenspersonen ist ein gutes, das auch genutzt, ausgebaut und stärker forciert werden soll.

Damit Schüler:innen dieses Angebot jedoch erst in Anspruch nehmen, muss ein Bewusstsein bezüglich mentaler Gesundheit geschaffen werden. Nur wer weiß, dass es ihm/ihr nicht gut geht, kann auch Hilfe in Anspruch nehmen. Die Schule soll durch die vermehrte Thematisierung von mentaler Gesundheit im Regelunterricht zur Enttabuisierung beitragen.

Forderungen:

- Deshalb fordern wir den Ausbau der psychologischen Unterstützungsangebote an Schulen. Den Schüler:innen sollte ein niederschwelliger Zugang zu professionellen Psycholog:innen sowie internen Vertrauenspersonen ermöglicht werden.
- Wir fordern, dass mentale Gesundheit vermehrt im Regelunterricht thematisiert wird, um das Thema zu enttabuisieren
- Wir fordern eine ständige unabhängige Evaluierungskommission, die sich mit der Lage um Suizidprävention und mentaler Gesundheit an den Schulen Wiens beschäftigt, und dahingehend transparent Empfehlungen an Verantwortliche ausspricht.
- Wir fordern, dass bereits in der Unterstufe das Thema mentale Gesundheit in Form eines Workshops thematisiert wird, um den Schüler:innen eine möglichst frühe und neutrale Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen.
- Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Klassenvorständ:innen Fortbildungen mit Expert:innen zum Thema mentale Gesundheit bei Jugendlichen besuchen.
- Wir fordern eine zentrale Meldestelle in der Bildungsdirektion für Lehrer:innen, die das Thema mentale Gesundheit verharmlosen und Schüler:innen ein falsches Bild zu diesem Thema vermitteln.
- Wir fordern, dass an jeder Schule Wiens mindestens ein Workshop zum Thema Suizidprävention abgehalten wird. Die LSV kann hier nach Anfrage Organisationen die diese abhalten vermitteln.
- Wir fordern, dass bei einem Suizid oder einem versuchten Suizid eines/r Schüler:in mit sofortiger Wirkung eine Kommission eingesetzt wird, deren Aufgabe daraus besteht, das schulische Umfeld auf Mängel beim Thema Umgang mit mentaler Gesundheit zu untersuchen.

(1): [https://broshuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?](https://broshuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf)

[publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf](https://broshuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=644&attachmentName=Psychische_Gesundheit_von_%C3%B6sterreichischen_Jugendlichen_PDFUA.pdf)

(2): <https://www.bildung-stmk.gv.at/dam/jcr:52ba099e-4c3d-45b4-8ad8-30be311370b3/Depressionen%20im%20Jugendalter.pdf>

8. Demokratie beginnt mit Bildung!

Antrag von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Demokratiebewusstsein ist ein Grundstein unserer Gesellschaft. Mitbestimmung darf nicht erst „irgendwann später“ beginnen, sondern muss dort gelebt werden, wo wir einen großen Teil unseres Alltags verbringen: in der Schule. Wenn Schule auf das Leben vorbereiten soll, dann müssen demokratische Werte nicht nur unterrichtet, sondern auch praktisch erfahrbar sein. Der reale Schulalltag ist davon jedoch oft weit entfernt: Schüler_innen erleben zu häufig, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, Anliegen ignoriert werden oder Beteiligung vom „guten Willen“ einzelner Lehrpersonen abhängt. Weder werden Schüler_innen bei wesentlichen Fragen wie der Lehrplangestaltung oder schulautonomen Schwerpunktsetzungen systematisch miteinbezogen, noch gibt es verbindliche Mitsprache bei zentralen Weichenstellungen für die Zukunft der Schule – etwa bei Direktor_innenbestellungen, der Schulordnung oder der Organisation schulischer Vorhaben wie Exkursionen. Demokratie lernt man aber nicht durch Zuschauen, sondern durchs Mitentscheiden. Schule muss ein Ort sein, an dem Mitbestimmung Standard ist und nicht Ausnahme. Daher fordern wir eine Schule der Mitbestimmung, in der Beteiligung klar geregelt, verbindlich umgesetzt und tatsächlich wirksam ist: eine Kontrolle der Schulleitung, ob das verpflichtende und anonyme Lehrer_innen-Feedback eingehalten wird; die Abhaltung der gemäß §56 SchUG zulässigen Schüler_innenvollversammlung bei wichtigen Entscheidungen, die die weitere Entwicklung der Schule bestimmen (z. B. Direktor_innenbestellung, Schulordnung, Schulzweigneuordnung usw.); eine direkte Wahl der LSV und der BSV; eine verpflichtende Wahl der Unterstufensprecher_innen; ein Vetorecht der Schüler_innenvertretung im SGA; sowie die verpflichtende Durchführung von Klassenräten bei der Lehrplangestaltung und schulautonomen Entscheidungen

Forderungen:

- Verbindliche Kontrolle durch die Schulleitung, ob das verpflichtende, anonyme Lehrer_innen-Feedback tatsächlich umgesetzt wird (inkl. transparenter Information über die Durchführung).
- Abhaltung der gemäß §56 SchUG zulässigen Schüler_innenvollversammlung bei schulprägenden Entscheidungen (z. B. Direktor_innenbestellung, Schulordnung, Schulzweigneuordnung etc.).
- Direkte Wahl der LSV und der BSV durch Schüler_innen statt indirekter Delegiertenlogik.
- Verpflichtende Wahl von Unterstufensprecher_innen an allen Schulen.
- Vetorecht der Schüler_innenvertretung im SGA bei Entscheidungen, die Schüler_innen unmittelbar betreffen.
- Verpflichtende Klassenräte bei schulautonomen Fragen und der Gestaltung von Unterricht/Schwerpunktsetzungen, damit Mitsprache systematisch verankert ist.

9. Einführung eines Pfandsystems an Schulen

Antrag von: Georg Lehninger, Kandlgasse

Die Schule soll ein Ort des Lernens und Wohlfühlens sein, doch immer häufiger werden Klassenzimmer und Gänge von Müllbergen geprägt. Besonders Plastikflaschen werden oft unsachgemäß entsorgt, landen neben überfüllten Mistkübeln oder verstopfen Abflüsse, weil Schüler_innen nicht wissen, wohin damit. Gleichzeitig werden wir mit der Frage, wie Müll richtig vermieden und getrennt werden kann, viel zu oft alleingelassen. Wenn wir Nachhaltigkeit ernst nehmen, müssen Müllvermeidung, Recycling und Umweltbewusstsein im Schulalltag aktiv gestärkt werden.

Ein Pfandsystem kann dabei ein einfacher, aber wirkungsvoller Schritt sein: In der Schule werden dafür spezielle Sammelbehälter aufgestellt, in denen Pfandflaschen über einen bestimmten Zeitraum gesammelt werden. Der daraus entstehende Erlös soll den Schüler:innen zugutekommen, zum Beispiel über die Klassenkassa oder für Projekte, Ausflüge oder gemeinschaftliche Anschaffungen verwendet werden. So entsteht eine direkte Motivation, sich am Recycling zu beteiligen, und gleichzeitig eine zusätzliche Einnahmequelle für schulische Vorhaben.

Begleitend sollen Informationskampagnen, Projekttag oder Workshops organisiert werden, um Müllvermeidung und Recycling stärker in den Schulalltag zu integrieren. Die Schüler:innenvertretung soll aktiv in Planung und Organisation eingebunden werden, damit das System an die jeweiligen Gegebenheiten der Schule angepasst werden kann. So schaffen wir nachhaltige Strukturen, weniger Müll und ein stärkeres Bewusstsein für Recycling und Wiederverwertung.

Forderungen:

- Einführung eines Pfandsystems an Schulen.



10. Setzen wir dem Tabu ein Ende!

Antrag von: Alisa Gradasevic, BGRG Erlgasse
Hannah Concin, pG Theresianum
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Gloria Teufl, GRG17 Geblergasse
Ivan Ivanov, Theresianum
Amina-Fatou Bichler, Marianum

Mit der Frage wie ich ein Tampon oder eine Binde in der Hose verstecken kann, sodass es ja niemand sieht müssen sich menstruierende Personen Tag für Tag herumschlagen. Doch warum schämen wir uns für eine absolut natürliche Situation? Bringen wir junge Menschen nicht mehr dazu sich für ihre Periode zu schämen und stellen Menstruationsartikel direkt auf den Toiletten zur Verfügung. Und zwar verpflichtend. Wir wollen das Tabu brechen und wir finden, dass es in der Verantwortung von Schulen liegt, den Schulalltag so angenehm wie möglich zu gestalten. Abgesehen davon das Tabu zu brechen ist Menstruation für viele Personen ein Abwesenheitsgrund und das kann die Schule nicht verantworten. Für Menstruationsartikel muss Geld aufgewendet werden, dass viele Personen nicht zur Verfügung haben. Periodenarmut ist ein echtes Problem, auch wenn es viele nicht wahrnehmen wollen. Uns ist bewusst, dass das Projekt an vielen Schulen bereits umgesetzt wurde, verpflichtend ist es aber jedoch noch nicht. Um die Besorgung kümmert sich die Schüler_innenvertretung und die Finanzierung soll durch die Schule erfolgen wie zum Beispiel durch den Elternverein. Die direkte Verteilung auf den Toiletten kann ebenfalls von der Schüler:innenvertretung übernommen werden oder durch das Putzpersonal erfolgen.

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende gratis Menstruationsartikeln auf Schultoiletten für menstruierende Personen.

11. Flächendeckendes und kostenloses Angebot von Talentechecks in der Sekundarstufe I

Antrag von: Julian Valtiner, AHS Anton Baumgartner Straße

Gegen Ende der Sekundarstufe I stehen Schülerinnen und Schüler vor einer entscheidenden Frage: Welchen Bildungs- oder Ausbildungsweg möchte ich ab der neunten Schulstufe einschlagen? Für viele ist dies eine Herausforderung, denn die Wahl sollte auf eigenen Interessen, Fähigkeiten und beruflichen Perspektiven basieren.

Doch leider ist das oft nicht der Fall, weil viele Jugendliche unsicher über ihre eigenen Talente sind.

Genau hier können Talentechecks für Klarheit sorgen. Sie geben den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Stärken und Begabungen besser zu erkennen und herauszufinden, welche Tätigkeiten ihnen Freude bereiten.

Bisher sind Talentechecks nicht flächendeckend verfügbar und oft mit Kosten verbunden. Das bedeutet, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler dieselben Chancen erhalten, sich fundiert zu orientieren. Ohne eine solche Orientierung kann die Entscheidung für die weitere schulische oder berufliche Laufbahn unsicher und weniger gezielt ausfallen.

Forderungen:

- Einführung eines flächendeckenden und kostenlosen Angebots von Talentechecks für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I



12. Gratis Top-Jugendticket für alle Wiener Schüler:innen

Antrag von: Mona Farahat, Ella Lingens Gymnasium
Jacob Guberner, GRG 17 Geblergasse
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf

Schule ist Pflicht – also darf sie nichts kosten. Trotzdem müssen Schüler:innen jedes Jahr zahlen, nur um überhaupt zur Schule zu kommen. Öffis sind kein Luxus, sie sind Teil des Schulalltags. Wer sich das Ticket nicht leisten kann, wird benachteiligt. Das ist unfair.

Gleichzeitig stecken wir mitten in einer Klimakrise. Wenn Schüler:innen mit dem Auto gebracht werden müssen, entstehen unnötiger Verkehr und CO₂-Emissionen. Ein gratis Top-Jugendticket bedeutet: mehr Öffis, weniger Autos, bessere Luft. Wer jungen Menschen nachhaltige Mobilität ermöglicht, investiert in die Zukunft.

Ein kostenloses Ticket heißt auch Freiheit. Schüler:innen können selbstständig zur Schule fahren, Nachhilfe besuchen, an Freizeit- und Bildungsangeboten teilnehmen – ohne dass Geld eine Rolle spielt.

Kurz gesagt: Ein gratis Top-Jugendticket steht für Klimaschutz, Chancengerechtigkeit und echte kostenlose Bildung.

Forderungen:

- Das Top-Jugendticket soll allen Schüler:innen vollständig kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Das Ticket soll automatisch an alle Schüler:innen ausgegeben werden, ohne dass ein Antrag gestellt oder bürokratische Hürden überwunden werden müssen.



13. Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe — und Beibehaltung des Religionsunterrichts

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Der Ethikunterricht bietet eine wichtige Möglichkeit, sich mit grundlegenden moralischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen, die uns alle

betreffen — unabhängig von religiösen oder persönlichen Überzeugungen. Die

Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle Oberstufenschüler*innen ist

eine notwendige Maßnahme, um allen die Möglichkeit zu geben, eigene ethische

Standpunkte zu entwickeln und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der

Antrag fordert eine gleichwertige Anerkennung des Ethikunterrichts neben dem

Religionsunterricht, der weiterhin als freiwilliges Wahlfach bestehen bleibt.

Forderungen:

- Verpflichtender Ethikunterricht für alle Schüler*innen der Oberstufe, unabhängig von der Teilnahme am Religionsunterricht.
- Beibehaltung des Religionsunterrichts als freiwilliges Wahlfach für Interessierte.
- Ethik als eigenständiges, gleichwertiges Fach, das in allen Oberstufen verpflichtend ist, mit Themen wie Moral, Werte, soziale Verantwortung und aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen.

14. “The Beauty of Diversity“ – Wie Vielfalt uns vereint

Antrag von: Amina-Fatou Bichler, Realgymnasium Marianum

Geschichte ist mehr als das, was wir tagtäglich in der Zeitung lesen, auf Social Media sehen aber vor allem auch in der Schule hören. Geschichte ist etwas, was uns persönlich und unsere Kulturen geprägt und gebildet hat und uns über Generationen hinweg verbindet. Es braucht ein kritisches und reflektiertes Geschichtsbewusstsein sowie ein Neudenken veralteter Strukturen. Schüler:innen müssen darauf vorbereitet werden in einer offenen Gesellschaft zu leben und in dieser einen Beitrag zu leisten.

Der Black History Month soll in Geschichte und Politische Bildung behandelt werden, um die Geschichte, Kultur und Leistungen schwarzer Personen sichtbar zu machen. Dadurch lernen Schüler:innen wie wichtig Diversität in der Geschichte ist und bekommen ein besseres Verständnis für Themen wie Rassismus und Kolonialismus, die heute noch eine Rolle spielen. Ebenso sind eine gezielte Thematisierung und Aufklärung über die Verbrechen, die auch seitens Österreich in der Geschichte begangen wurden, notwendig. Denn nur durch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann ein Bewusstsein für Verantwortung und Gerechtigkeit in der Gegenwart entstehen.

Weiters sollen Lehrpersonen kritisches Denken der Schüler:innen aktiv fördern und unterstützen, um ihnen zu ermöglichen historische Ereignisse und heutige gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen und eigene fundierte Meinungen zu bilden. Darüber hinaus soll in der Schule Kulturoffenheit gezielt gestärkt werden, durch Aufklärungsarbeit in Unterrichtsgegenständen wie Geschichte und politische Bildung, Ethik oder Religion.

Um diesen Gedanken auch im Schulalltag hervorzuheben, fordern wir die Einführung eines jährlichen Kulturtages an allen Schulen. Dieser Tag soll verpflichtend stattfinden und Schüler:innen die Möglichkeit geben ihre Kultur ihren Mitschüler:innen näher zu bringen.

Schule muss ein Ort sein, an dem Diversität nicht nur geduldet, sondern geschätzt und gefeiert wird!

Forderungen:

- Wir fordern die Aufnahme des geschichtlichen Kontextes vom Black History Month in den Unterrichtsgegenstand Geschichte und Politische Bildung
- Wir fordern die gezielte Thematisierung und Aufklärung über die Verbrechen, die auch seitens Österreich in der Geschichte begangen wurden
- Wir fordern, dass Lehrpersonen das kritische Denken der Schüler:innen fördern und unterstützen
- Wir fordern, dass in der Schule eine Kulturoffenheit gefördert wird durch Aufklärungsarbeit in Unterrichtsgegenständen wie zB. Geschichte und Politische Bildung, Ethik oder Religion
- Zudem fordern wir, dass es an allen Schulen einen jährlichen verpflichtend durchzuführenden Kulturtag, bei dem sich Schüler:innen freiwillig beteiligen können

15. Softskills im Unterricht

Antrag von: Marvin Sharma, BORG 1 Hegelgasse 12

Wann gelingt es mir, Lehrkräfte und Mitschüler von meinen Anliegen zu überzeugen oder zu zeigen, dass ich eine gute Note verdient habe? Meistens ist das bei Referaten der Fall. Die Schule vermittelt einem jedoch kaum das nötige Wissen, um zu verstehen, wie überzeugendes Auftreten funktioniert.

Durch mein ehrenamtliches Engagement weiß ich, dass dabei Fähigkeiten wie Rhetorik, Gestik und Mimik eine zentrale Rolle spielen. Dieses Wissen sollte jedoch nicht nur Einzelnen zugänglich sein, sondern für alle Schülerinnen und Schüler. Denn die Fähigkeit, vor anderen zu sprechen, Inhalte verständlich zu präsentieren und mit einer kompetenten Haltung und Körpersprache zu reden, ist eine Schlüsselkompetenz. Sowohl für die Schule als auch für das spätere Berufsleben.

Gerade deshalb ist es wichtig, diese Kompetenzen systematisch und praxisnah in der Schule zu vermitteln und nicht dem Zufall oder privatem Engagement zu überlassen.

Forderungen:

- Verpflichtende Einführung einer unverbindlichen Übung für Rhetorik und Selfmarketing
- praxisbezogene Inhalte in dieser Übung wie zB Simulation eines Bewerbungsgespräch



16. Landesfinanzierter Erste-Hilfe-Kurs für alle 11. Schulstufen

Antrag von: Mathias Schilling, RG/WRG Feldgasse 8
Liam Kronberger, VBS Schönborngasse

Erste Hilfe ist eine grundlegende Fähigkeit, die Leben retten kann. Der Zugang zu qualifizierten Erste-Hilfe-Kursen ist derzeit jedoch von Schule zu Schule unterschiedlich und stark von den jeweiligen Schulbudgets abhängig. Viele Bildungseinrichtungen können die Kosten nicht alleine tragen, wodurch ein zentraler Bestandteil der Gesundheits- und Sicherheitserziehung dem Zufall überlassen ist.

Derzeit müssen Jugendliche, die einen Führerschein erwerben wollen, privat etwa 75 € für einen Erste-Hilfe-Kurs bezahlen. Dies stellt eine finanzielle Belastung dar, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen, für die der Erwerb eines Führerscheins sowieso schon eine große Hürde darstellt.

Ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs auf Führerschein-Niveau in der 11. Schulstufe, finanziert durch das Land, würde diese Lücke schließen. Durch die schulische Durchführung können alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von finanziellen Einschränkungen erreicht werden.

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Erste-Hilfe-Führerscheinkurs für alle Schülerinnen und Schüler der 11. Schulstufe an allen Wiener Schulen.
- Übernahme aller Kosten verbunden mit dem Erste-Hilfe-Kurs durch das Land Wien.



17. Zugang zu Damenhygieneware als Grundrecht – Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel an den Mädchentoiletten

Antrag von: Emilia Peterka, BRG 18
Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium

In einer inklusiven und gerechten Schule soll niemand aufgrund finanzieller Gründe benachteiligt werden — besonders nicht bei so grundlegenden Bedürfnissen wie der Menstruationshygiene. Viele Schülerinnen haben außerdem nicht immer die Möglichkeit, sich während ihrer Periode ausreichend mit Hygieneartikeln zu versorgen, was zu unangenehmen und belastenden Situationen im Schulalltag führen kann. Der Antrag setzt sich daher für die kostenlose Bereitstellung von Damenhygieneartikeln an Mädchentoiletten ein, um Chancengleichheit, Respekt und das Wohlbefinden aller Schülerinnen zu stärken.

Forderungen:

- Kostenlose Bereitstellung von Damenhygieneartikeln (Tampons und Binden) in allen Mädchen-/Unisextoiletten.
- Regelmäßige und verlässliche Auffüllung dieser Produkte.



18. Abschaffung der NOST (Neue Oberstufe)

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
David Studeny, Brgg8 Albertgasse
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Ivan Ivanov, Theresianum
Filip Glück, Modul
Diego Wintesperger, Modul

Einige Schulen in Wien haben das System der neuen Oberstufe bereits umgesetzt. Der Großteil der Schulen in Wien sträubt sich jedoch noch immer gegen die Einführung der NOST an allen Schulen. Mit guter Begründung. Wirft man einen Blick auf die Zahlen der Schulerfolge an einer Schule mit neuer Oberstufe lässt sich erkennen, dass diese marginaler ausfallen als die an einer Schule ohne NOST. Doch die NOST wurde damals genau deswegen eingeführt, um Schülerinnen und Schülern einen positiven Schulerfolg trotz ihrer Schwächen zu ermöglichen. Guter Gedanke, schlechte Umsetzung. Wenn man das System der neuen Oberstufe genauer unter die Lupe nimmt, erkennt man ein Gerüst an unendlich konfuse Bestimmungen und Regeln. Lehrer:innen, Schüler:innen, Eltern und sogar Direktoren haben keinen genauen Überblick. Außerdem birgt die NOST einen enormen Aufwandsfaktor für Lehrer:innen. Tatsache ist, dass jedes Semester mit einem Jahreszeugnis abgegolten wird. Die neue Oberstufe hat keine Halbjahresnoten oder -zeugnisse. Sobald man einen Gegenstand in einem Semester negativ abgeschlossen hat, muss der Schüler oder die Schülerin sich dieses Fach anhand einer Semesterprüfung (welche eine Prüfung über das gesamte Semester darstellt) ausbessern. Drei Antritte bleiben einen, bis diese Prüfung zu einer fixen Parkplatzprüfung wird. Schüler:innen mit Lernschwächen, denen dieses System eigentlich unter die Arme greifen sollte, sammeln jedoch einige Semesterprüfungen in unterschiedlichen Fächern und haben zum Ende hin einen Brocken an Semesterprüfungen, die teils nicht mehr zu bewältigen sind. Schafft der Schüler oder die Schülerin die letzte Form dieser Prüfung, die genannte Parkplatzprüfung nicht, wird er oder sie österreichweit gesperrt und darf nicht mehr zur Matura antreten. Somit war der gesamte Aufwand seitens der Lehrer:innen und Schüler:innen quasi umsonst – das Endresultat dieser neuen Oberstufe sind bestens ausgebildete Fachkräfte ohne Matura, jedoch auf Maturaniveau.

Forderungen:

- Wir fordern das Auslaufen der aktuellen NOST-Jahrgänge und die generelle Abschaffung dieses irreführenden Systems.

19.Limit überschritten!

Antrag von: Liam Kronberger, VBS Schönborngasse

Für einen optimalen Lernerfolg werden pro Klasse idealerweise 20 bis 25 Schülerinnen und Schüler empfohlen. In der Realität ist diese Klassengröße jedoch selten anzutreffen. Viele von uns besuchen Klassen mit bis zu 32 Schülerinnen und Schülern, in Ausnahmefällen sogar bis zu 35. Das erschwert nicht nur die aktive Teilnahme am Unterricht, sondern macht es für Lehrkräften faktisch unmöglich, individuell auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Viele nationale und internationale Studien kommen zu dem Ergebnis, dass kleinere Schulklassen die Interaktion zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern deutlich fördern und damit zu besseren Lernleistungen führen. Besonders in der Volksschule, also in einer Phase, in der Grundelemente wie Lesen, Schreiben und Rechnen erlernt werden, ist eine enge pädagogische Begleitung entscheidend. Kinder profitieren hier stark von persönlicher Ansprache und unmittelbarem Feedback, was in überfüllten Klassen kaum umsetzbar ist.

Um dieser Problematik zu begegnen, ist eine gesetzliche Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl in Wien dringend erforderlich. Ich schlage daher eine Höchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vor. In Ausnahmefällen, die von der zuständigen Bildungsdirektion genehmigt werden müssen, sollte eine maximale Klassenstärke von 30 Schülerinnen und Schülern möglich sein.

Forderungen:

- Einführung einer Klassenschülerhöchstzahl von 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.
- Genehmigungspflichtige Ausnahmeregelung: In begründeten Fällen darf die Klassengröße auf maximal 30 Schülerinnen und Schüler erhöht werden, wenn dies von der zuständigen Bildungsdirektion bewilligt wird.
- Erhalt bestehender Klassenstrukturen: Bereits bestehende Klassen sollten nicht aufgeteilt werden, um die gewachsenen Klassengemeinschaften nicht zu gefährden.

20. Bewusstsein statt Wegschauen

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Ein sicheres und respektvolles Schulklima ist die Grundlage für das Wohlbefinden und den Lernerfolg aller Schüler:innen. Grenzverletzungen, sexualisierte Übergriffe und diskriminierende Vorfälle beeinträchtigen nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl in der Klasse. Der Antrag fordert verbindliche Maßnahmen zur Aufklärung, Prävention und Sensibilisierung, damit Gewalt, Diskriminierung und Hasssymbole nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden, sondern ernsthaft behandelt und aufgearbeitet werden.

Forderungen:

- Regelmäßige Workshops und Projekttag mit Expert:innen zu Antidiskriminierung, Gewaltprävention, Grenzen und Verantwortung, die altersgerecht ab der Unterstufe angeboten werden.
- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu Themen wie Antidiskriminierung, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und dem Umgang mit Übergriffen, damit sie sicher und aktiv handeln können.
- Unterrichtseinheiten ohne Tabus zu:
 - Grenzen und Einverständnis
 - Diskriminierung und Privilegien
 - Geschichte und aktuelle Formen von Antisemitismus und Rassismus
 - Zivilcourage und Verantwortung übernehmen
- Aufklärung über Symbole des Hasses, wie z. B. Hakenkreuze, inklusive Schutz, Erklärung und Unterstützung für die Betroffenen.

21. Anonymisierte Korrektur in der Schule

Antrag von: David Studeny, Brg8 Albertgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Hannah Concin, Theresianum
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Boris Andreev, Theresianum
Luis Erling, BRG14 Linzerstraße

Zurzeit befinden sich Lehrer:innen in einer Art Doppelfunktion, bestehend aus Mentor:in und Lektor:in, die inkompatibel und in sich unvereinbar ist. Durch die Abweichung der geforderten Rollen, ergibt sich eine unzureichende Ausführung beider und in Folge Arbeitsineffizienz. Daher fordern wir die Trennung der belehrenden und korrigierenden Rolle und setzen uns für anonymisierte Korrekturen durch eine dritte Lehrkraft ein. So schafft man eine Ansprechperson für die Schüler:innen, welche sich nicht zeitgleich benotet. Dadurch entspricht das Verhältnis zielgerichtet der Funktion von Lehrer:innen und ermöglicht eine vertrauliche und offene Atmosphäre. Dies hat nicht nur positive Auswirkungen auf das zwischenmenschliche Verhältnis, sondern auch auf die Klassen- und Schulatmosphäre.

Forderungen:

- Daher fordern wir, dass jegliche Leistungsbeurteilungen von einer anonymen Lehrkraft korrigiert werden, welche nicht in Kontakt mit dem jeweiligen Schüler/ der jeweiligen Schülerin steht.

22. „Ihr sitzt jetzt eh freiwillig da!“

Antrag von: David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der WienerSängerknaben
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die Oberstufe - Erhöhter Stress, erhöhte Schularbeitsdichte, höher erforderte Selbstständigkeit und eine höhere Anzahl an Wochenstunden, gerade an die BMHS. Dadurch ist es oft schwer für Schularbeiten/Tests/Wiederholungen aber auch generell Zeit zum Lernen für die Fächer einzuplanen, in denen man eventuell leistungsschwächer ist. Jede:r hat Fächer in denen er/sie schwächer ist, und wo es notwendig wäre den Fokus mehr auf diese zu legen. Jedoch muss man generell immer in allen Unterrichtsfächern anwesend sein.

Sinnvoller wäre es in den Fächern, in denen man leistungstärker ist, die Stunden in denen man anwesend ist vermindern zu können. Diese Möglichkeit bietet das SchuUG jedoch leider nicht. Eine Reform würde hier aus unserer Sicht sehr nützlich sein, nicht nur um den Schüler:innen das ins Gleichgewicht bringen der „School-Life-Balance“, sondern auch mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Den Lehrkräften würde eine solche Reform die Möglichkeit bieten mehr auf die leistungsschwächeren Schüler:innen einzugehen, während sich die leistungstärkeren Schüler:innen auf andere Fächer konzentrieren können. Dies würde beim Ausgleich eines eventuellen Leistungsungleichgewicht helfen.

Forderungen:

- Bei Leistungsstand „Sehr Gut“ einer/eines nicht mehr schulpflichtige:n Schüler:in recht auf Fernbleiben vom Unterricht in jenem Fach durch eine schriftliche Erlaubnis der Lehrperson, die bei Verschlechterung des Leistungsstandes sofort widerrufen werden muss. Zudem müssen mindestens 75% der Schulstunden in jenem Fach auch mit jener schriftlichen Erlaubnis besucht werden. Bei Schularbeiten gilt weiterhin die Anwesenheitspflicht.

23. Hallo, ich bin dein Buddy und steh dir zur Seite

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse
Gloria Teufl, GRG17 Geblergasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Wir alle kennen es, dieses Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit. Das erste Jahr an einer neuen Schule. Man kennt niemanden und das Gebäude selbst auch nicht. Unzählige Fragen schwirren den Schüler:innen der 1. Klasse in den Köpfen umher. Wäre doch alles leichter, wenn man jemanden hätte der sich um die Dinge kümmert, um die sich ein Klassenvorstand nicht kümmern kann oder möchte. Vor allem sind manche Dinge auch einfach nicht angedacht sie mit dem Klassenvorstand zu besprechen. Klar ist außerdem, dass Kinder und Jugendliche sich lieber an Gleichaltrige wenden oder an jemanden wenden, der oder die selbst noch Schüler:in ist. Zumindest das erste Monat, in welchem sich Schüler:innen allein zurechtfinden müssen sollte es für jede Klasse einen Buddy geben.

Dieser Buddy sollte jemand aus der Oberstufe sein, oder jemand, der zumindest eine Klasse über den 1. Klässlern ist. Die Probleme der 1. Klässler werden teilweise von Lehrer:innen nicht verstanden oder sind nicht nachvollziehbar, deshalb ist ein Buddy für jede Klasse eine ausgleichende Alternative. Buddys sprechen vor allem auch die „selbe Sprache“ und wissen teils besser mit Situationen umzugehen. Auch werden Gleichaltrige eher als neutrale Person wahrgenommen als Lehrkräfte oder Sozialarbeiter.

Zusammengefasst sollen Buddys für alle Erstklässler eine Anlaufstelle sein. Sie bieten anfänglich regelmäßige Betreuung im ersten Monat und danach nur noch phasenweise Unterstützung.

Forderungen:

- Wir fordern die Verstärkung und Verdichtung des Buddy-Systems an Österreichs Schulen um 1. Klässler:innen bestmöglich in den Schulalltag zu integrieren.

24. Zivilcourage, sichere Anlaufstellen und Gewaltprävention – Für ein respektvolles und sicheres Schulklima

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium
Mona Farahat, Ella-Lingens-Gymnasium
Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf
Yara Alnahhas, AHS Knöllgasse
Ward Ramadan, AHS Anton-Krieger-Gasse
Mika Moser, ERG Donaustadt
Georg Lehinger, GRG7

Ein respektvolles und sicheres Schulklima ist die Grundlage für das Wohlbefinden und den Erfolg aller Schülerinnen und Schüler. Mobbing, Grenzverletzungen und Konflikte beeinträchtigen nicht nur das persönliche Wohlbefinden, sondern auch das Lernen. Der Antrag fordert Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage, sicheren Anlaufstellen und der Unterstützung durch Peer-Mediatoren, um eine respektvolle, unterstützende und sichere Schumatmosphäre zu schaffen.

Forderungen:

- Regelmäßige Workshops zur Deeskalation, Konfliktbewältigung und Unterstützung von Betroffenen.
- Einrichtung einer anonymen Meldestelle, um Mobbing und Grenzverletzungen sicher und ohne Angst vor Konsequenzen zu melden.
- Unterstützung und Ausbau von Peer-Mediatoren, die bei Konflikten vermitteln und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

25. Bleibt weltoffen!

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der WienerSängerknaben
David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Alisa Gradascevic, BGRG Erlgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Boris Andreev, Theresianum
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium

Wir leben heutzutage in einer derart internationalen und sich-schnell-weiterentwickelnden Zeit, wodurch es immer wichtiger wird, sich mit dem Thema Diversität zu beschäftigen. Obwohl Faktoren, wie beispielsweise Geschlecht, Herkunft oder auch Sexualität, die einfach nicht beeinflussbar sind, bereits ausnahmslos akzeptiert werden sollten, gibt es immer noch genügend Fälle von Homophobie, Rassismus, Sexismus oder einfach Mobbing. Wir sind der Meinung, dass das nicht mehr so weitergehen darf! Jede:r soll so leben dürfen, wie er oder sie will, insofern es andere nicht gefährdet oder einschränkt. Leider passieren die obengenannten Ungerechtigkeiten viel zu häufig, obwohl die Schule eigentlich ein Ort zur Zusammenkunft, Sozialisierung und natürlich zum Lernen sein soll, was dadurch bedauerlicherweise oftmals in den Hintergrund rutscht. Da es vermutlich schwierig wäre, den Schüler:innen zu befehlen, wie sie sich gegenseitig zu behandeln haben, sollte Diversität in Form von Projekten, wie beispielsweise Workshops oder Veranstaltungen gefördert werden.

Forderungen:

- Wir fordern mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstellen von Workshops, Seminaren oder Events, welche mehr Diversität, aber vor allem Toleranz und ein freies miteinander für alle fördern.
- Wir fordern gezielte Aufklärung über Diskriminierung in Schulen, um einen respektvollen Umgang miteinander zu fördern.

26. Der Weg zur Europäischen Schule

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Ivan Ivanov, Theresianum
Luis Erling, BRG 14 Linzerstraße
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die Europäische Union beeinflusst den Alltag junger Menschen in vielerlei Hinsicht, konditioniert deren Lebensrealitäten und bietet Chancen und Möglichkeiten, unterdessen das europäische Gefühl der Einheit und der länderübergreifenden Zusammenarbeit immer mehr in den Hintergrund gerät und dem eigentlichen Einführungsgrund opponiert. Anstatt einheitliche Standards zu fördern, den transnationalen Kontakt zu vereinfachen und die politische Identifikation zu den Entscheidungsträgern sicherzustellen, stagnieren wir in Reformüberlegungen, erschaffen nationale Einzellösungen und daraus resultierend ein Europa des Einzelnen.

Allen voran Jugendlichen entgehen durch die zunehmende Bürokratisierung von Vorgängen und dem Dissens der Kompetenzträger über Optimierungsprozesse Möglichkeiten und Perspektiven, die nicht nur eine persönliche Weiterentwicklung torpedieren, sondern uns als Einheit schwächen, betrachtet man das entgangene Potential.

Ein gebildetes Europa arbeitet nicht nur die länderspezifische Historie und Gegenwart auf, sondern forciert das Erlernen der europäischen Geschichte und der Entwicklungen der Einzelstaaten an Schulen, um zum einen unsere durchaus vielschichtige Vergangenheit zu beleuchten und zum anderen auf aktuelle Vorgänge aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren.

Ein gemeinsames Europa sollte nicht nur maßgebliche Prozesse standardisieren, hingegen vielmehr nuanciert Mindestnormen etablieren, wobei dies vorrangig Bildungseinrichtungen betrifft, werden die Sprachvielfalt sowie die diversen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Projekte wie Erasmus+ erleichtern die grenzüberschreitende Kollaboration, doch erschweren die uneinheitlichen Abschlussniveaus die Einbindung einzelner Gruppen und verringern den Wirkungsgrad. Wie die Einführung der Zentralmatura in Österreich zeigt, bewähren sich normierte Abschlussprüfungen und obstruieren die Entstehung von Bildungsgefällen und Prüfungstourismus. Weiters gilt es sozioökonomischen Unterschiede abzufangen und die Förderungsmöglichkeiten treffsicherer zu gestalten.

Es braucht also eine wirkliche europäisierte Bildung, gemeinsame Standards und mehr Kontakt mit anderen Ländern.

Forderungen:

- Wir fordern, das bestehende Curriculum um weitere Schwerpunkte hinsichtlich der europäischen Geschichte sowie einzelner aktueller Entwicklungen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.
- Wir fordern eine schrittweise Standardisierung der Abschlussprüfungen, sowie des Lehrplans bezüglich gleichwertiger Lehrfächer auf europäischer Ebene.
- Wir fordern den niederschwelligen Ausbau des Erasmus+ Projekts samt Informationskampagnen, ebenso wie die Subventionierung des Programms für ökonomisch benachteiligte Familien.

27.Öffis nützen – selbst schützen

Antrag von: Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Alisa Gradasevic, BGRG Erlgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Unzählige Schüler:innen nutzen tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel, um in die Schule zu fahren. Dabei begegnen Jugendliche leider immer häufiger unangenehmen Situationen, in denen sie sich nicht zu wehren wissen. Schüler:innen müssen mit einem guten Gefühl in der Schule ankommen, um ihren Schulalltag erfolgreich meistern zu können, weswegen es definitiv in der Verantwortung aller Schulen Wiens liegt ihre Schüler:innenschaft auf etwaige unangenehme Situationen vorzubereiten und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle anzubieten. Durch die Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen können öffentliche Verkehrsmittel mit sicherem Gefühl genutzt und Schüler:innen für alle Notfälle vorbereitet werden. Zusätzlich dazu benötigt es an allen Schulen Wiens eine Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht und diese vereinzelt bei Bedarf gemeinsam mit Schüler:innen verarbeitet – diese Rolle soll eine dafür bestimmte Lehrkraft einnehmen.

Sich nicht wohlfühlen, wenn man allein öffentliche Verkehrsmittel nutzt, ist okay, darf jedoch nicht normal sein! Und genau deswegen müssen wir endlich Enttabuisierung leisten und aktiv das Problem ansprechen!

Forderungen:

- Einführung eines verpflichtenden Selbstverteidigungskurses in der Oberstufe für alle Schüler:innen.
- Einführung einer Ansprechperson, die speziell für schulwegbezogene Vorfälle zur Verfügung steht.

28.Let's talk about sex, baby!

Antrag von: David Studeny, Bgrg8 Albertgasse
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wienersängerknaben
Hannah Concin, Theresianum
Valentin Schmidbaur, Sperlgymnasium
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Die WHO definierte 2006 sexuelle Gesundheit als Zustand des körperlichen, emotionalen, mentalen und sozialen Wohlbefindens. Es geht um das Bewusstsein über Krankheiten, lernen ein „nein“ zu akzeptieren, Wissensvermittlung zu Verhütungsmethoden, Hilfe bei Sexualitätsentscheidung, aber vor allem um Prävention von sexueller Gewalt. Sex darf nicht mehr als ein Tabuthema gelten und muss ein normaler Bestandteil unseres Lebens sein. Schulen haben die Verantwortung uns auf die Zukunft vorzubereiten und uns über gegenwärtige Situationen zu belehren. Aufklärung ist zu wenig im Lehrplan verankert, doch das wollen wir ändern. Bildungsstätte müssen uns die Möglichkeit bieten uns auf angenehme Art und Weise mit Aufklärung auseinanderzusetzen. Im Endeffekt wollen wir alle ein erfülltes und verantwortungsvolles Sexual- und Beziehungsleben führen. Genau deswegen fordern wir mehr Aufklärungsangebote an Schulen durch zum Beispiel Workshops oder klasseninterne, sowie schulübergreifende Events. Dies sollte von einer externen Person abgehalten werden, um unangenehme Situation zu vermeiden. Im Folgenden präsentieren wir umsetzbare Forderungen, sodass Aufklärung an Schulen greifbarer gemacht wird.

Forderungen:

- Wir fordern die Einführung von Workshops und Events an Schulen abgehalten von externen Personen, um sexuelle Aufklärung für Schüler:innen erreichbar zu machen.

29. Bringen wir Licht in die dunklen Schulfinanzen!

Antrag von: Luis Erling, BRG14 Linzerstraße
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Ein Machthabender verfügt allein über das ganze Geld seiner Institution. Niemand kontrolliert ihn. Er allein entscheidet, wer, was und wie viel bekommt. Das klingt nach zu viel Macht mit zu wenig Kontrolle? An vielen Wiener Schulen ist es leider Realität.

Der Direktor oder die Direktorin verfügt allein über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Dies ist der perfekte Boden für Missbrauch.

Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Deshalb erachten wir es als essenziell, dass die Buchführung der Schule, unter Wahrung aller Persönlichkeitsrechte, offengelegt werden muss. Und seien wir uns ehrlich: Wem könnte das wirklich schaden?

Forderungen:

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Des Weiteren soll das Schuljahres- Budget der vorläufigen Freigabe durch den SGA unterliegen.

30. Don't do drugs! – oder zumindest mit Verantwortung

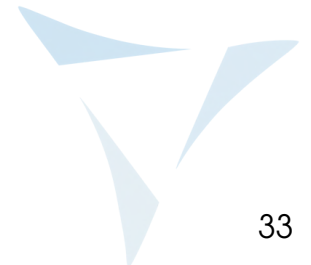
Antrag von: David Studeny, Brgg8 Albertgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Ivan Ivanov, Theresianum

Oftmals gibt es an Schulen Seminare, Workshops oder Veranstaltungen mit dem Ziel, Schüler:innen davon abzuhalten, Drogen zu konsumieren. Obwohl es wichtig ist, die Gefahren solcher Substanzen aufzuzeigen und davor zu warnen, ist es mindestens genauso wichtig, darüber zu sprechen, wie kann man verantwortungsvoll damit umgehen und welche Konsequenzen es geben kann. Dies sollte jedoch aus einer Sicht passieren, die illegale Substanzen nicht verteufelt, da man bewiesenermaßen die Schüler:innen meistens so am wenigsten erreicht.

Drogen existieren so gut wie überall und es ist heutzutage sehr einfach, an verschiedenste Substanzen zu kommen und die Chance, dass man damit in Verbindung kommt, ist, wie die meisten vermutlich bestätigen können, enorm hoch. Daher ist es essenziell, die Jugendlichen darauf vorzubereiten und ihnen Verantwortung beizubringen. Denn im Endeffekt sind sie selbst dafür verantwortlich, was sie in ihrer Freizeit tun bzw. was sie konsumieren. Dabei bewirken Verbote und Regeln oft genau das Gegenteil von dem, was sie ursprünglich als Ziel hatten.

Forderungen:

- Daher fordern wir mehr objektive, wissenschaftlich-basierte Aufklärung über Drogen und Suchtmittel an Schulen, welche vor allem von Personen mit Erfahrung in diesem Gebiet durchgeführt wird.



31. Ethik als Basis zur Verständnis des Zusammenlebens

Antrag von: Jacob Guberner, AHS Geblergasse

Ethikunterricht ist eine zentrale Grundlage dafür, dass Schüler_innen das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft verstehen und aktiv mitgestalten können. Werte wie Respekt, Gleichberechtigung, Solidarität, Gewaltfreiheit und demokratische Verantwortung dürfen nicht davon abhängen, ob jemand Religionsunterricht besucht, sondern müssen allen Schüler_innen, die keinen Religionsunterricht besuchen, in der Unterstufe verbindlich vermittelt werden. Gerade in den ersten Schuljahren lernen Jugendliche, Konflikte fair zu lösen, Vorurteile zu reflektieren und über Fragen von Gerechtigkeit, Menschenrechten, Diskriminierung und persönlicher Verantwortung zu sprechen. Wenn Schüler_innen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, stattdessen oft nur eine Freistunde oder keine strukturierte Alternative haben, entsteht eine Lücke in der Wertebildung und damit auch ein Nachteil im gemeinsamen Lernen. In der Praxis bedeutet das: Während ein Teil der Klasse im Religionsunterricht über moralische Fragen diskutiert, sitzt der andere Teil ohne begleitete Inhalte und genau Themen wie Mobbing, Sexismus, Rassismus, digitale Gewalt oder respektvoller Umgang bleiben dann zu oft unaufgearbeitet, obwohl sie den Schulalltag direkt betreffen. Ethikunterricht schafft hier einen gemeinsamen, weltanschaulich offenen Rahmen, stärkt die Klassengemeinschaft und fördert ein respektvolles Miteinander.

Forderungen:

- Einführung des Pflichtgegenstandes „Ethik“ in der Unterstufe für alle Schüler_innen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, als verbindlicher Ersatz Pflichtgegenstand.



33. Verpflichtendes Feedback

Lehrer:innen

Antrag von: Luis Erling, BRG 14 Linzerstraße
Ivan Ivanov, Theresianum
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg 13 Wenzgasse
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

Wir Schüler:innen sind die Mehrheit im Bildungssystem, doch trotzdem fragt uns eigentlich niemand, wie wir den Unterricht finden, und was wir ändern würden. Viele Lehrer:innen holen sich am Ende des Jahres Feedback der Schüler:innen ein, um in Erfahrung zu bringen, wie ihr Unterricht ankommt. Doch eine noch viel größere Gruppe der Lehrkräfte tut dies eben nicht. Ich bin der Meinung, dass das Bildungssystem und der Frontalunterricht veraltet ist. Doch anstatt, dass wir versuchen einen Teil der bereits verlorenen Zeit gutzumachen, die wir mit altmodischen Lehrmethoden verschwendet haben, tun wir nichts, absolut gar nichts. Niemand fragt uns, was wir denken, uns, diejenigen die vom Bildungssystem profitieren sollen. Deswegen braucht es jetzt verpflichtendes Feedback von Schüler:innen an Lehrer:innen. Hören wir auf, Zeit zu verschwenden, und verwenden wir unsere Stimme.

Dieses Feedback soll mindestens einmal im Jahr von allen Klassen, die eine Lehrkraft unterrichtet hat, eingeholt werden. Es ist äußerst wichtig, dass das Feedback anonym eingeholt wird. Schüler:innen sollen die Wahl zwischen 5 verschiedenen Stufen haben, sehr zufriedenstellend, zufriedenstellend, befriedigend, wenig zufriedenstellend, nicht zufriedenstellend.

Um zu gewährleisten, dass dieses Feedback ernst genommen wird, soll die Direktion Einsicht in die Antworten bekommen, allerdings nur in Form von Prozentsätzen. Wenn also Schüler:innen bei einer Lehrkraft mehr als ein Drittel der Fragen mit „nicht zufriedenstellend“ beantwortet haben, muss ein Gespräch mit der Schulleitung her.

Forderungen:

- Wir fordern daher, dass am Ende des Schuljahres von jeder Lehrperson Feedback der Schüler:innen eingeholt werden muss. Dieses soll von der Direktion eingesehen werden dürfen, die bei mehr als einem Drittel „nicht zufriedenstellend“ das Gespräch suchen soll.

34. Einführung einer digitalen Plattform zur Aufklärung und Durchsetzung von Schüler:innenrechten an Wiener Schulen

Antrag von: Alemina Dzelili, IBC Hetzendorf

Viele Schüler:innen erleben im schulischen Alltag, dass ihre gesetzlich festgelegten Rechte nicht eingehalten werden. Ein zentrales Problem dabei ist, dass Schüler:innen ihre Rechte oft nicht kennen oder keinen einfachen Zugang zu verlässlichen Informationen und Unterstützung haben. Dadurch bleiben Rechtsverstöße im Schulalltag häufig unbeachtet und ungeklärt.

Aufgrund des Machtgefälles zwischen Lehrkräften und Schüler:innen trauen sich Betroffene oft nicht, ihre Rechte einzufordern oder auf Missstände hinzuweisen. Die Angst vor negativen Konsequenzen oder Benachteiligungen führt dazu, dass Rechtsverletzungen hingenommen werden.

Ein gerechtes und respektvolles Schulklima kann jedoch nur dann entstehen, wenn Schüler:innen ihre Rechte kennen, Unterstützung erhalten und diese Rechte auch konsequent eingehalten werden. Rechtsklarheit, Transparenz und zugängliche Unterstützungsangebote sind daher zentrale Voraussetzungen für Chancengleichheit, Fairness und gegenseitigen Respekt im Schulalltag.

Forderungen:

- Verpflichtende Aufklärung über Schüler:innenrechte für alle Schüler:innen
- Rechtsinformationen als fixer Bestandteil des Unterrichts, insbesondere in der Sekundarstufe II
- Verpflichtende Schulungen für Lehrkräfte und Schulleitungen zu Schüler:innenrechten und geltendem Schulrecht
- Leicht zugängliche und verständliche Informationsmaterialien zu Rechten und Pflichten an jeder Schule
- Niederschwellige und anonyme Beschwerdemöglichkeiten bei Verstößen gegen Schüler:innenrechte

35. Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops gegen Misogynie an Schulen

Antrag von: Theresa Bröderbauer, Sigmund-Freud-Gymnasium

Wir beantragen die Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die durch frauenfeindliches, sexistisches oder misogynes Verhalten auffallen, nach dem Vorbild Großbritanniens, wo solche Maßnahmen ab September 2026 umgesetzt werden sollen.

Diese Workshops sollen präventiv, pädagogisch und aufklärend wirken und nicht strafend, sondern bewusstseinsbildend gestaltet sein.

Forderungen:

- Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die wiederholt durch sexistisches, frauenfeindliches oder misogynes Verhalten auffallen
- Durchführung der Workshops durch extern geschulte Fachkräfte (z. B. aus Gleichstellungs-, Gewaltpräventions- oder Bildungsarbeit)
- Klare schulische Haltung gegen Frauenfeindlichkeit durch strukturelle, langfristige Maßnahmen statt einzelner Gespräche oder Ermahnungen



37. Flexibilität? Ja bitte!

Antrag von: Laura Tawrowsky, Dominikanerinnen

Schülerinnen und Schüler unterscheiden sich in ihren Stärken, Interessen und ihrem individuellen Lerntempo. Während manche Lerninhalte rasch erfassen, benötigen andere mehr Zeit und Übung. Dieses unterschiedliche Lerntempo wird im derzeitigen Unterrichtssystem jedoch noch viel zu wenig berücksichtigt.

Der Schulversuch „Flexzeiten“ bietet eine zeitgemäße Möglichkeit, dieser Herausforderung entgegenzuwirken. Durch die Verkürzung der Unterrichtseinheiten auf 43 Minuten entstehen zusätzliche, frei nutzbare Lernzeiten, die zu eigenen Flexstunden zusammengebündelt werden. In diesen Stunden befinden sich die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit einer Lehrperson im Klassenraum und können diese Zeit individuell und sinnvoll nutzen.

So besteht die Möglichkeit, Hausübungen zu erledigen, für Schularbeiten oder Tests zu lernen, Stoff zu wiederholen oder zu vertiefen sowie an Themen zu arbeiten, bei denen noch Unsicherheiten bestehen. Bei Fragen oder Verständnisproblemen steht jederzeit eine Lehrperson als Ansprechperson zur Verfügung, wodurch gezielte Unterstützung gewährleistet wird. Gleichzeitig können Schülerinnen und Schüler, die den Stoff bereits sicher beherrschen, eigenständig weiterarbeiten oder sich mit anderen Lerninhalten beschäftigen.

Die Einführung von Flexzeiten trägt somit nicht nur zu einer stärkeren Individualisierung des Lernens bei, sondern verbessert auch die Lerndynamik innerhalb der Klassen.

Forderungen:

- die Kürzung der Unterrichtseinheiten in der AHS-Oberstufe auf 43 Minuten
- die Einführung des Schulversuchs „Flexzeiten“ in allen AHS-Oberstufenklassen
- die Landesschülervertretung (LSV) soll die Bildungsdirektion dazu auffordern, die Flexzeiten als Schulversuch anzubieten

38. Sicherstellung chancengleicher Teilhabe an sportlicher und kultureller Bildung als Grundlage für individuelle Entfaltung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Antrag von: Daniel Platonov, HTL Wien-West
Flynn Vaughan-Limberk, HTL Wien-West

Der Zugang zu organisiertem Sport und kultureller Bildung ist in Wien in hohem Maße von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses abhängig. Diese sozioökonomische Verteilung widerspricht dem grundlegenden Prinzip der Chancengleichheit und führt zu einer systematischen Benachteiligung Jugendlicher aus einkommensschwachen Familien. Talente bleiben unentdeckt, Interessen können nicht verfolgt werden, und die freie Entscheidung über die Freizeitgestaltung wird durch die finanzielle Abhängigkeit von den Eltern erheblich eingeschränkt.

Dies stellt nicht nur ein individuelles Gerechtigkeits Defizit dar, sondern beeinträchtigt auch die kollektive Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Historische und internationale Vergleiche, wie das flächendeckende Netz der Kinder und Jugendsportschulen (DIOCS) in der Sowjetunion oder die gemeinwohlorientierten Modelle skandinavischer Staaten, belegen die überlegene Effizienz staatlich geförderter, niederschwelliger Systeme. Diese maximieren den Talentpool und erhöhen die gesamtgesellschaftliche Gesundheit und legen das Fundament für internationale Spitzenleistungen.

Österreichische Erfolge bei internationalen Sportwettbewerben sind von hohem Wert. Sie dienen der positiven Repräsentation unseres Landes, stärken den nationalen Zusammenhalt und generieren erhebliche wirtschaftliche Impulse durch Tourismus und die Möglichkeit, Großveranstaltungen auszurichten. Die derzeitigen Zugangsbarrieren gefährden diese Potenziale und schwächen die Position des Standortes Wien und Österreichs im internationalen Wettbewerb nachhaltig.

38. Sicherstellung chancengleicher Teilhabe an sportlicher und kultureller Bildung als Grundlage für individuelle Entfaltung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Forderungen:

- Die sofortige Einführung eines Wiener Jugend-Bildungs- und Aktivpasses (WJBA) als Rechtsanspruch für alle unter 18 Jahren mit Hauptwohnsitz in Wien. Dieser muss zwei Kernleistungen garantieren:
 - Kostenfreien Zugang zu allen kommunalen Sportstätten (Hallen, Bädern, Freiplätzen...)
 - Die vollständige Übernahme der Mitgliedsbeiträge für einen anerkannten Sportverein oder eine Musik-/Kunstschule pro Semester, wobei die Abrechnung direkt zwischen Stadt und Anbieter erfolgt.
- Die verbindliche Umsetzung des "Open School Konzepts". Dafür muss rechtlich und organisatorisch sichergestellt werden, dass:
 - Schulische Infrastrukturen (Turnhallen, Werkräume, Musikzimmer) werden an Nachmittagen ab 17 Uhr und an Wochenenden kostenfrei für Qualifizierte und Vereine und Trainer zur Verfügung gestellt werden.
 - In diesen Räumen wird ein von der Stadt Wien finanziertes, qualitätsüberprüftes und für die Jugendlichen kostenloses Kursprogramm unter professioneller Anleitung angeboten wird.
- Die Schaffung zentraler Unterstützungsstrukturen durch die Stadt Wien:
 - Einrichtung eines "Wiener Vereins Förderfonds", dessen direkte Zuschüsse an Sport- und Kulturvereine an die verbindliche Bedingung geknüpft werden, für WJBA-Inhaber_innen vollständige Beitragsfreiheit anzubieten.
 - Aufbau einer städtischen Leih- und Poolingstelle für teure Spezialausrüstung (z.B. Eishockeysausrüstung, Musikinstrumente), die an Jugendliche mit einem Aktivpass gegen eine symbolische Administrationsgebühr verliehen wird.
- Die Aufnahme dieser Maßnahmen in die strategische Standortpolitik der Stadt Wien. Die beschlossenen Schritte sind als zentrale Zukunftsinvestition in die Wettbewerbsfähigkeit zu begreifen und müssen dementsprechend in die Tourismus-, Wirtschaftsförderungs- und Außendarstellung Strategien der Stadt integriert werden, um die internationale Sichtbarkeit und Attraktivität Österreichs langfristig zu sichern.

39. Geschichte gerecht gestalten

Antrag von: Mika Moser, Erg-Donaustadt

Wie viele Weibliche Künstlerinnen kennst du?

Wie viele Wissenschaftlerinnen kannst du nennen?

Dass es wenige Antworten auf diese Frage gibt, liegt nicht an einer Person selbst, sondern an den vielen Strukturen, die es Frauen unmöglich gemacht haben, gehört, beachtet und gesehen zu werden.

Der Geschichtsunterricht an Schulen konzentriert sich oft auf große politische Ereignisse, Kriege und die Errungenschaften männlicher Protagonisten. Die Rolle von Frauen in der Geschichte und die systematische Unterdrückung, der sie ausgesetzt waren, werden dabei weitgehend vernachlässigt. Dies führt dazu, dass Schüler:innen ein verzerrtes Bild von Geschichte vermittelt bekommen, in dem wichtige gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse kaum sichtbar sind.

Die historische Unterdrückung von Frauen zeigt sich in vielfältigen Formen: rechtliche Diskriminierung, Ausschluss von Bildung und politischen Entscheidungsprozessen, wirtschaftliche Abhängigkeit und gesellschaftliche Normen, die Frauen systematisch benachteiligten. Diese Mechanismen wirken bis heute nach und beeinflussen unsere Gesellschaft.

Ein Geschichtsunterricht, der diese Aspekte ignoriert, versäumt nicht nur, junge Menschen umfassend aufzuklären, sondern trägt auch dazu bei, bestehende Ungleichheiten zu reproduzieren. Die Integration dieses Themas ist essenziell, um ein Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung historischer Ungleichheiten zu schaffen.

Forderungen:

- Weiterbildung für Lehrpersonal über die Marginalisierung von Frauen
- Einbeziehung von „der Geschichte der Frau“ in den Standard-Lehrplan



40. Lebensraum Schule gesucht: Nutzung der Schulräumlichkeiten nach Unterrichtsende

Antrag von: Sara Timmerman, KMD Herbststrasse

Egal ob zur Zeitüberbrückung, zum Lernen oder einfach, um einen Raum zu haben, an dem man sich unkompliziert und zwanglos aufhalten kann: Schüler:innen brauchen einen Ort, an dem sie sich außerhalb der regulären Unterrichtszeit, wie beispielsweise auch Freistunden aufhalten können.

Besonders Schüler:innen in der Sekundarstufe II müssen häufig viel für die Schule lernen oder Aufgaben erledigen: Leider herrscht oft das Problem, dass es in Aufenthaltsräumen nicht genügend Platz gibt. Ganz zu schweigen von dem Fakt, dass ein vollgepackter, lauter Aufenthaltsraum nicht die Atmosphäre bietet, die man dafür braucht!

Die Nutzung von Klassenräumen außerhalb Ihrer Unterrichtszeit könnte dieses Problem lösen - während das an manchen Schulen schon teilweise gemacht wird, werden die Klassen häufig einfach zugesperrt, und Schüler:innen müssen sich einen anderen Ort suchen.

Schüler:innen der Sekundarstufe II sollten die Möglichkeit haben, außerhalb ihrer eigenen Schulstunden in einer Klasse ihre Zeit zu verbringen, insofern keine andere Klasse sich darin befindet: Je nach Möglichkeit und Zweck sollten auch andere Räumlichkeiten sollten genutzt werden dürfen.

Forderungen:

- Nutzungsmöglichkeit von Klassenräumen für Schüler:innen der Sekundarstufe II auch außerhalb der Unterrichtszeiten
- Nutzung sonstiger Räumlichkeiten (etwa Turnsäle, Schulküchen) je nach Verfügbarkeit in Absprache mit der Schulleitung

41. World Book Day

Antrag von: Johann Stadlmann, Albertus Magnus Gymnasium

Post-Literalismus. Eine Phrase, die vor Kurzem auf Social-Media-Plattformen kursiert ist. Bezogen wird sich dabei auf Artikel diverser Wissenschaftler, die in Form sozialer Studien herausfanden, dass zwar vielen Menschen Wörter bekannt sind, sie diese jedoch weder verwenden noch deren genaue Bedeutung kennen. Hinzu kommt ein Niedergang des kritischen Denkens, des Merkens essenzieller Informationen und des Verständnisses an sich. Doch wie könnte man dem zugrunde gehen? Was könnte man tun, um dem entgegenzuwirken?

In Großbritannien wird seit 1998 der World Book Day (kurz WBD) zelebriert. Er wurde eingeführt, um nicht nur das Lesen an sich zu fördern, sondern vor allem Wissen weiter zugänglich für jeden zu machen. Dort gibt es des Weiteren das System der 1-Pfund- bis 1,50-Pfund-Tokens. Diese werden in der Schule an Schüler ausgegeben und können in jedem Buchgeschäft für jedes Buch eingelöst werden. An diesem Tag organisiert jede Schule Aktivitäten und Stationen, unter anderem mit Material, welches sie von der offiziellen WBD-Seite bekommen. Dabei reicht das Angebot von Poesie über Fraktur, vom Verständnis der Inhalte eines Lebensmittels bis zur Darstellung des Lieblingsbuchcharakters.

Die Ergebnisse:

23 % der Kinder, die einen Token verwendeten, meinten, es wäre ihr erstes eigenes Buch gewesen.

42 % lesen mehr seit dem Start des Events.

47 % vermerkten, dass Lesen ihnen mehr Spaß macht und deutlich lustiger ist.

Zum Spaß zu lesen hilft nicht nur der generellen Gesundheit, sondern auch dem Lernen und den langfristigen Ergebnissen. Obwohl Kinder sich oft Bücher nicht leisten können und ihnen Wissen schwer aufgrund des sozialen Standes vermittelt werden kann, besteht die Möglichkeit, in Österreich – dem Land mit einem der schlechtesten Werte bei der Wissensvermittlung – dies mit Hilfe des World Book Day zu lösen.

Forderungen:

- Die Einführung des World Book Days in Österreich
- Die Einführung des Token-Systems
- Die Gründung eines World Book Day Komitees



42.Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops gegen Misogynie an Schulen

Antrag von: Niklas Rosam, GRG12 Rosasgasse

Wir beantragen die Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die durch frauenfeindliches, sexistisches oder misogynies Verhalten auffallen, nach dem Vorbild Großbritanniens, wo solche Maßnahmen ab September 2026 umgesetzt werden sollen.

Diese Workshops sollen präventiv, pädagogisch und aufklärend wirken und nicht strafend, sondern bewusstseinsbildend gestaltet sein.

Forderungen:

- Einführung verpflichtender Sensibilisierungs- und Antisexismus-Workshops für Schüler, die wiederholt durch sexistisches, frauenfeindliches oder misogynies Verhalten auffallen
- Durchführung der Workshops durch extern geschulte Fachkräfte (z. B. aus Gleichstellungs-, Gewaltpräventions- oder Bildungsarbeit)
- Klare schulische Haltung gegen Frauenfeindlichkeit durch strukturelle, langfristige Maßnahmen statt einzelner Gespräche oder Ermahnungen

43. Gewaltig gegen Gewalt!

Antrag von: Alisa Gradiscevic, Erlgasse
Hannah Concin, Theresianum
Parmis Solge, VBS Floridsdorf
Anselm Ginthör-Weinwurm, Wenzgasse
Shivani Katharina Ramharter, Geringergasse G11
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium

27 Femizide und 41 Mordversuche oder schwere Gewalttaten im Jahr 2024. Das ist leider die Realität, in der wir leben und das muss aufhören!

Lange dauert es nie, das Jahr 2023 war gerade mal 13 Tage alt, als in Österreich die erste tödliche Gewalttat an einer Frau gemeldet wurde. Die traurige Wahrheit ist, dass es in Österreich keinen gefährlicheren Ort für Frauen und Mädchen gibt als die eigenen vier Wände. Gewalt an Mädchen in der Schule kann von einzelnen Personen ausgehen, aber auch strukturell bedingt sein.

Es muss verstanden werden, dass dieses Problem nicht nur einseitig gelöst werden kann, sondern vielschichtig und früh seinen Ursprung hat. Gewalt beginnt nicht erst im Erwachsenenalter. Gewalt beginnt schon früh im Kinder- und Jugendalter.

Genau hier muss angesetzt werden und es müssen nachhaltig präventive Maßnahmen gesetzt werden! Jegliche Form der Gewalt hat in der Schule keinen Platz!

Präventive Maßnahmen wie Workshops, Infomaterialien vor Ort an Schulen bezüglich Anlaufstellen, gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Besprechung im Unterricht durch eine Verankerung im Lehrplan sind ausdrücklich anzudenken!

Forderungen:

- Wir fordern verpflichtende präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in der Form von Workshops an Schulen und Infomaterialien zu Anlaufstellen an Schulen.
- Wir fordern gewaltpräventive Plakate an Schulen und die Verankerung der Aufklärung über Gewalt im Lehrplan.

44. Gläserne Note

Antrag von: Laura Grebner, AHS Komensky

Jedes Schuljahr werden am Ende des Semesters kurz vor Notenschluss die Noten bekannt gegeben, dabei gibt es nicht selten böse Überraschungen. Oft kommt es vor, dass einer Schülerin oder einem Schüler die eigene Note nicht klar ist und man sich fragt, wie es eigentlich zu dieser Note gekommen ist.

Derzeit kann man sich als Schülerin oder Schüler jederzeit bei der eigenen Lehrerin bzw. beim eigenen Lehrer über den aktuellen Notenstand informieren. Leider wird dieses Angebot viel zu selten in Anspruch genommen, da das Feedback meist undurchsichtig und nicht nachvollziehbar ist. Sollte die Beurteilung hier negativ ausfallen, kann das oft zu Demotivation führen, die weder den Schülerinnen und Schülern, noch den Lehrerinnen und Lehrern nutzt.

Um hier klare Einsicht zu schaffen, wäre es notwendig, dass Schülerinnen und Schüler über das ganze Jahr hinweg die Möglichkeit bekommen, ihre Note digital in Kombination mit konstruktivem Feedback einzusehen. Dadurch könnte man sich Noten auch schon weit vor dem Semesterende ausbessern, was auch die Anzahl der Prüfungen vor dem Semesterschluss erheblich reduzieren würde. Davon würden Lehrerinnen und Lehrer ebenfalls stark profitieren.

Im Angesicht der oben genannten Punkte fordere ich deshalb eine Umsetzung der oben beschriebenen gläsernen Note.

Forderungen:

- Die durchgehende Bereitstellung des aktuellen Beurteilungsstandes, gekoppelt mit konstruktivem Feedback für alle Schülerinnen und Schüler Wiens
- Die ständige Bereitstellung der Beurteilungskriterien online

45.Periodenprodukte: Standard statt Ausnahme

Antrag von: Todora Prvanovic, Bg8

Die Schule ist ein Ort, an dem sich alle Schüler:innen sollen. Um diesem Ziel näherzukommen, dürfen grundlegende Bedürfnisse nicht zur zusätzlichen Belastung werden. Für viele Mädchen gehört dazu die regelmäßige Verfügbarkeit von Periodenprodukten. Schülerinnen sollten sich während des Schulalltags keine Sorgen darüber machen müssen, ob sie ihre Periodenprodukte zu Hause vergessen haben oder sich diese leisten können. Kostenlose Hygieneartikel wie Tampons und Binden sollten daher an allen öffentlichen Schulen zur Verfügung stehen. Wichtig ist dabei, dass diese Versorgung nicht von freiwilligen Spenden, Elternvereinen oder einzelnen Initiativen abhängt, sondern einheitlich und zuverlässig vom Staat finanziert wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass an jeder Schule ein gleiches funktionierendes System besteht, beispielsweise durch Spender in Schultoiletten, die Tampons und Binden anonym und unkompliziert zugänglich machen.

Forderungen:

- Kostenlose Bereitstellung von Periodenprodukten wie Tampons und Binden an allen öffentlichen Schulen in Wien
- Einführung eines einheitlichen Systems zur Ausgabe der Produkte, beispielsweise durch Spender in Schultoiletten
- Finanzierung der Periodenprodukte durch den Staat und nicht durch Elternvereine, Sponsoren oder Einzelinitiativen
- Sicherstellung einer dauerhaften und verlässlichen Versorgung an allen Schulen
- Einheitliche Umsetzung unabhängig vom Standort oder Schulbudget

46.Schulen dürfen keine Hindernisse sein!

Antrag von: Todora Prvanovic,Bg8

Öffentliche Schulen werden täglich von vielen unterschiedlichen Schüler:innen genutzt.Damit das möglich ist, müssen Schulgebäude so gestaltet sein, dass sie für alle erreichbar und benutzbar sind. Derzeit sind viele öffentliche Schulen in Wien nur teilweise oder gar nicht barrierefrei. Vor allem ältere Schulgebäude weisen bauliche Barrieren auf, etwa fehlende Aufzüge oder nicht barrierefreie Sanitäranlagen. Dadurch wird der Schulalltag unnötig erschwert und Unterricht teilweise unzugänglich gemacht.Zwar werden bei Neubauten und einzelnen Sanierungen bereits Maßnahmen gesetzt, jedoch fehlt eine einheitliche und verbindliche Umsetzung für alle bestehenden Schulen. Barrierefreiheit sollte daher nicht vom Baujahr oder vom Zufall einzelner Umbauten abhängen, sondern systematisch umgesetzt werden.

Forderungen:

- Festlegung von Barrierefreiheit als verbindlichen Mindeststandard an allen öffentlichen Schulen in Wien
- Erstellung und Veröffentlichung eines stufenweisen Umsetzungsplans für bestehende Schulgebäude

47. Ich heiße Johanna und nicht Johannes!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Stell dir vor, du kommst in eine neue Schule und bist ein Transmädchen. Als der/die Lehrer:in die Anwesenheit kontrolliert, ruft er/sie einen Namen auf. „Johannes“. Keine Antwort. Du weißt, dass er/sie dich meint, aber du heißt nicht Johannes. Du bist Johanna und hast diese Art von Diskriminierung schon an deiner alten Schule erlebt. Deshalb hast du sie verlassen. „Johannes?“. Du hebst deine Hand und gibst nach. „Ich bin hier“, sagst du. „Aber ich heiße Johanna“. Die Lehrerin lacht daraufhin und nimmt dich nicht ernst. „Aber hier steht Johannes, nicht Johanna“, in diesem Moment weißt du, dass du wieder gemobbt werden wirst, weil du einfach du selbst bist. Das Schlimmste daran ist, dass es nicht nur Schüler:innen sein werden, die dich mobben, sondern auch Lehrer:innen.

Ein Mitglied der LGBTQIA+-Gemeinschaft zu sein, ist aufgrund des Hasses, der einem/einer entgegenschlägt, sehr schwierig. Manche Menschen können sich nicht von der Tatsache trennen, dass eine/r sich selbst ist und sein/ihr bestes Leben lebt. Es gibt Beweise dafür, dass wir Homophobie und Transphobie in den Schulen bekämpfen müssen. Im Vereinigten Königreich, einem Land, das beim Schutz von LGBTQIA+ einen hohen Stellenwert hat, wurde die junge Transfrau Brianna Ghey von ihren Mitschüler:innen ermordet. Sie versuchte Hilfe zu holen, aber niemand wollte sie ernst nehmen, bis es zu spät war. Ganz zu schweigen davon, dass sich jemand wegen all des Hasses und des Mobbing vielleicht einfach das Leben nehmen will. Wir müssen sicherstellen, dass Schulen in Österreich nicht denselben Fehler machen.

Ich fordere, dass Lehrer:innen und Schüler:innen für homophobe und transphobe Äußerungen härter bestraft werden, weil aufgrund ihrer Äußerungen, kann ein Leben in Gefahr sein. Du weißt nicht, was jemand durchgemacht hat im Leben, also akzeptiere dieser Person so, wie er/sie ist.

„Aber hier steht Johannes, nicht Johanna“, in diesem Moment weißt du, dass du wieder gemobbt werden wirst. „Aber wahrscheinlich haben sie nur einen Fehler gemacht. Hallo Johanna! Schön, dass du bei uns in der Schule bist!“

Forderungen:

- Härtere Strafen für Lehrer:innen und Schüler:innen, die homophobe und transphobe Aussagen machen
- Verpflichtende Fortbildungen für Lehrer:innen zum Thema LGBTQIA+ und wie man deren Schüler:innen vor Diskriminierung schützen können
- Die Einführung einer Anlaufstelle für Schüler:innen die aufgrund von ihrer Orientierung und Gender diskriminiert werden an allen Schulen
- Mental Health Days als Entschuldigungsgrund einführen

48. Bye Bye Müll, Hello Klimawandel?!?!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Es gibt eine Pause und wir beschließen, in den Supermarkt zu gehen, um uns etwas zu trinken oder zu essen zu kaufen. Auf dem Rückweg zur Schule verbrauchen wir die Produkte, und als wir zurückkommen, sind sie leer. In der Schule haben wir nur einen normalen Mülleimer, obwohl unsere Flaschen aus Plastik sind. "Eine einzige Flasche nicht recyceln macht doch eh nichts, oder?" Das denkt man zumindest. Aber deine Flasche war nicht die einzige und wird auch nicht die einzige bleiben, und alle diese Flaschen machen einen SEHR GROSSEN Unterschied.

Klimafreundliche Schulen sind nicht nur die Art und Weise, wie Schulen sein sollten, sondern auch, wie sie sein müssen. Die Zukunft sieht sehr düster aus, und wir müssen alles tun, um gegen den Klimawandel zu kämpfen. Deshalb fordere ich, dass es in jeder unserer Schulen eine gute Mülltrennung gibt, und dass SchülerInnen und LehrerInnen darüber aufgeklärt werden, warum es so wichtig ist, zu recyceln und nachhaltig zu leben.

Bitte stimmen Sie positiv für diesen Antrag, denn er soll dazu beitragen, dass Schulen müllfrei, grüner, intelligenter und nachhaltiger werden.

Forderungen:

- Die Einführung einer Mülltrennung an allen Schulen mit Mülltonnen für Plastik, Metal und Altpapier
- Die Verankerung des Themas Mülltrennung im Fach Biologie, wo auch unterrichtet wird was in welcher Tonne gehört und die Bedeutung von Mülltrennung

49. Be proud of who you are

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Homophobie ist an vielen Schulen in Österreich zu einem wirklich großen Problem geworden. Die Menge an bösen Blicken, negativen Kommentaren, diskriminierenden Aussagen und anderen Dingen, die ich selbst und andere, die ich kenne, erleben mussten, sind nicht nur lächerlich, sondern auch völlig unangebracht.

Es ist gar nicht so schwer, mit allen in der Klasse in Frieden und Harmonie zu leben, deshalb fordere ich nicht nur Workshops und die Verankerung des Themas LGBTQIA+ und was es bedeutet, MitgliederIn einer solchen Gruppe zu sein, im Rahmen unseres Schulunterrichts, sondern ich fordere euch alle von Herzen auf, zu denken, bevor ihr sprecht.

Die LGBTQIA+ Community macht einen relativ großen Teil der Gemeinschaft aus, besonders jetzt, wo wir frei über unser Leben und unsere Gefühle sprechen dürfen. Das bedeutet, dass die Welt sich ständig verändert und dass veraltete Ideologien keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen. Zum Glück kann man in Österreich sogar in der Öffentlichkeit schwul sein, denn in anderen Ländern, ganz zu schweigen von anderen Schulsystemen, werden wir nicht nur diskriminiert, sondern auch eingesperrt oder sogar getötet, nur weil wir sind, wie wir geboren wurden. Deshalb ist es unerträglich, dass über uns Witze gemacht werden, dass wir gefoltert werden oder sogar zum Tode gebracht werden. Deshalb müssen Homophobie und Transphobie in den Schulen ein Ende haben. Schule MUSS ein Ort sein, an dem Homophobie und Transphobie KEINEN Platz haben.

Bitte stimmen Sie positiv über diesen Antrag ab, da es für uns alle MitgliederInnen der LGBTQIA+ Community wichtig ist, sich sicher zu fühlen und einen offenen Ort zum Lernen zu haben. Bitte stimmen Sie für Toleranz und Akzeptanz.

Forderungen:

- Die Verankerung des Themas LGBTQIA+ im Unterricht, und was es bedeutet, MitgliederIn oder Person einer solchen Gruppe zu sein
- Regelmäßige Workshops zu diesem Thema
- Eine Anlaufstelle in der Schule, wo Personen und MitgliederInnen der Gruppe sich wenden können, wenn Fälle von Diskriminierung oder Mobbing auftauchen
- Die Einführung von GendersprecherInnen an allen Schulen
- Die Einführung von Pride Flags an allen Schulen, unter anderem auch die Flags der lesbischen Community, der trans Community, der bisexueller und pansexueller Community

50. Beep Bop Boop – Chancen!!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Beep Bop Boop – und so haben wir bald alle technologischen Geräten als Haustieren! Obwohl das absurd klingt, kann das unsere Zukunft sein. Wir Menschen tun sehr schnell erfinden und unser Stand von Technologie erweitern, jedoch wissen viele Nichts davon.

Da Schule eigentlich ein Ort sein soll, wo solche wichtigen Sachen besprochen werden soll, ist es passend, dass wir unsere Schule einen Upgrade – oder soll ich Update sagen – geben.

Forderungen:

- Schulen mit gutem Wlan und Internetverbindungen ausstatten
- Informatikunterricht neu umdenken und ausbauen – mit Technologie, die auch wirklich etwas bringt
- 10 Finger System fixieren
- Das Einbauen von Handys im Unterricht für die Oberstufe befestigen, in der Form von interaktivem Unterricht
- Umgang mit Fake News und KI generierten Nachrichten im Unterricht behandeln

51. Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

30 Stunden. So viel Zeit verbringen wir jede Woche in der Schule. Und genauso viele Stunden in der Woche verbringe ich in einem Unterricht bei dessen Gestaltung ich in keinsten Weise mitbestimmen kann. Das muss sich ändern.

Die Schule sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch der Vorbereitung auf die Zukunft sein, ein Ort, an dem wir uns voll entfalten können. Die Tatsache, dass wir in der Schule nicht die Möglichkeit haben, uns zu spezialisieren; uns in bestimmten Bereichen intensiver auf unseren nächsten Bildungsweg vorzubereiten lassen, ist nicht zukunftstauglich. Die Möglichkeit uns in der Schule miteinzubringen und proaktiv zu entscheiden womit wir unsere Tage verbringen ist eine der wichtigsten Weichen, die wir für die Bildungswende stellen können. Eine Schule, die diese Möglichkeit nicht bietet, läuft Gefahr, ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend auf die vielfältigen Anforderungen des Lebens vorzubereiten. Hiermit wird außerdem die Eigenverantwortlichkeit der Schüler:innen gestärkt und ihre Selbstständigkeit und Selbstorganisation gefördert. Im Bildungssystem von morgen gibt es keinen Platz für inflexible, starre Stundentafeln – genau deswegen sollten wir jetzt damit beginnen sie zu hinterfragen.

Forderungen:

- Die Möglichkeit ab der Sekundarstufe II die Stundentafel innerhalb eines bestimmten Rahmens mitzubestimmen
- Den Bildungsgrad innerhalb eines Faches durch die Wahl eines von mehreren Kursen zu verändern
- Die Einführung der Modularen Oberstufe an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen Wiens
- Die Einführung von Sportzyklen in der Sekundarstufe 2

52. Licht an in dunklen Zeiten!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Mental Health. Seit Jahren reden wir schon über dieses Thema, doch ändern tut sich weiterhin kaum etwas. Lehrpersonen unterrichten uns tagtäglich und durch ihre Sprachwahl werden wir, ob wir es wollen oder nicht, beeinflusst. Nicht nur deren Sprache, sondern auch der Umgang mit dem Thema im Generellen, und das kann äußerst problematisch sein, schon eine kleine Portion Unwissen kann unglaublich schwere Folgen haben. Schluss damit, pack ma's an. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen täglich respektlosen Kommentaren und gefährlichem Unwissen ausgesetzt werden, daher fordern wir eine Mental-Health-Offensive an allen Wiener Schulen, und zwar sofort. Wir brauchen Lehrpersonen, die nicht länger im Dunkeln tappen, sondern sich mit unseren Problemen auseinandersetzen. Wir brauchen Möglichkeiten zur Entlastung in Krisenzeiten. Wir brauchen einen respektvollen Umgang mit betroffenen Personen.

Forderungen:

- Implementierung regelmäßiger Schulungen, um Lehrer:innen im Umgang mit mentalen Gesundheitsfragen zu stärken
- Sensibilisierung für die Bedeutung der mentalen Gesundheit bei Abwesenheit von Schüler:innen bei Ausflügen oder Schulveranstaltungen.
- Einführung von Triggerwarnungen und Anerkennung der mentalen Gesundheit als legitimen Grund für das Fehlen von Schüler:innen.
- Klare Richtlinien und Konsequenzen für abwertende oder diskriminierende Äußerungen im schulischen Umfeld.
- Förderung einer respektvollen Sprachkultur und Sensibilisierung gegenüber diskriminierenden Begriffen.
- Einrichtung einer anonymen online Plattform für Schüler:innen, um Bedenken und Vorfälle bezüglich des Verhaltens von Lehrpersonen im Bereich mentaler Gesundheit sowie Diskriminierung zu äußern und zu melden.
- Verbesserung des Zugangs zur Schulpsycholog:in durch anonyme und vertrauliche Beratungsmöglichkeiten.
- Die LSV führt eine Umfrage zur mentalen Gesundheit von Schüler:innen durch

53. Leistet Widerstand

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

2025 – Du hast vor Kurzem dich als eine Transfrau geoutet. Du bist endlich frei dein Leben zu leben und dich so zu äußern und entwickeln, wie du immer wolltest. Dann drehst du die Nachrichten an. „In Amerika gibt es offiziell nur zwei Gendern“ oder „Ungarns Chef möchte die Pride Parade in Budapest verbieten“ oder „Georgische Trans-Model ermordet nachdem ein anti-LGBTQIA+ Gesetz in Georgien durchgesetzt wurde“. Die freie Welt, die du dir gewünscht hast, an welcher du geglaubt hast, geträumt hast und verdient hast, existiert nicht mehr. Wir befinden uns in einer sehr dunklen Zeit. Überall auf der Welt dominiert Hass, egal wohin wir schauen. Es behaupten überall Leute, dass sie besser sind als andere, dass sie mehr Wert haben als andere, dass sie wichtiger sind als andere. Sie wählen Menschen, die diese Ideologie weitertragen. Hass ist keine Meinung, jedoch wird Hass in einigen Länder für richtig und wichtig gehalten. Egal welche Religion man hat, egal was man glaubt oder was man denkt, jeder Mensch hat das Recht auf sein: ihr Leben und wie dieses Leben entwickelt wird.

Forderungen:

- Demokratiebildung an Wiens Schulen erschaffen
- Hass und Hetze in der Schule behandeln – Safe Spaces für Minderheiten, Mitglieder der LGBTQIA+ Community und Frauen und Mädchen erschaffen
- Härtere Strafen für homophobe, transphobe und rassistische Aussagen durchsetzen
- Umgang mit Fake News im Unterricht verankern
- Pride Flags an jeder Schule
- Gender neutrale Toiletten anbieten, wenn Platz vorhanden ist
- Minderheitenrechte im Unterricht verankern
- Die Geschichte von Frauenrechten und Feminismus im Unterricht verankern
- Die Geschichte von LGBTQIA+ Rechte im Unterricht verankern
- Die Geschichte von Rassismus und warum sie schlecht ist im Unterricht verankern

54. Lebenswerte Schule

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Wir sitzen in der Schule und lernen durchgehend. In Mathe lernen wir quadratische Funktionen, in Deutsch die Stilmittel, in Englisch „The Story of The Stones“ usw. Nach all diesen Stunden kann ich aber sagen, dass mir sehr viel fehlt. Weiß ich wie man kocht? Weiß ich wie ich klimafreundlich leben kann? Weiß ich wie man nachhaltig Geld ausgibt? Kurz gesagt, nein. Das hätte ich aber lernen sollen.

Für viele Menschen ist der Zugang zu diesen Grundlagen der Zukunft nicht selbstverständlich. Wir befinden uns mitten drinnen in der Klimakrise, doch Schulen bringen uns nicht bei wie wir auf unsere Erde aufpassen sollen. Das ist ein riesiger Fehler! In der Schule sollte man eben für die Zukunft lernen, nicht wahr?

Forderungen:

- Kochunterricht als Teil vom Fach Sport/Biologie
- Kochunterricht sollte Veganismus und Vegetarianismus als Schwerpunkt haben
- Verankerung des Themas „Das nachhaltige Wohnen“ im Fach Geschichte/Physik/Geographie
- Finanzen sollten im Fach Geographie besprochen werden

55. Es ist 12: Klimafitte Schulen jetzt!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse

isabel mackerle, brg boerhaavegasse

hanna szendrői, brg wasagasse

leo happel, camillo sitte bautechnikum

Wir alle wachsen mit der immer größer werdenden Bedrohung des Klimawandels auf. Milliarden von Menschen weltweit und ganze Länder müssen sich anpassen. So auch unser Schulsystem. Um zeitgemäß auf aktuelle Themen einzugehen, ist es dringend erforderlich, dass eine umfassende Aufklärung über den Klimawandel flächendeckend in unserem Schulsystem integriert wird. Die Tatsache, dass Schülerinnen und Schüler, die tagtäglich zur Schule gehen, nicht in der Lage sind, wissenschaftlich anerkannte Fakten zum Klimawandel in Diskussionen gegenüber anderen anzuwenden, stellt eine versäumte Verantwortung des Bildungssystems dar.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in unseren Schulen die nächste Generation ausgebildet wird, eben diese nächste Generation nicht auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten bringt weitreichende Konsequenzen für die Zukunft unserer Gesellschaft mit sich. Schüler:innen müssen nicht nur die Komplexität des Klimawandels verstehen, sondern auch über konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems informiert werden.

Es ist an der Zeit, dass unser Bildungssystem eine Vorreiterrolle übernimmt und die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellt, um eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Klimawandel zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur das Vermitteln von Wissen, sondern auch das Fördern von kritischem Denken, Empathie und Handlungsbereitschaft. Nur so können wir sicherstellen, dass die kommende Generation nicht nur als Opfer des Klimawandels betrachtet wird, sondern auch als aktive Gestalterinnen und Gestalter einer nachhaltigen Zukunft agiert.

Wir sind die erste Generation die die Folgen der Klimaerwärmung zu spüren bekommt und die Letzte die etwas dagegen tun können. Doch während wir in der Schule sitzen und brav lernen, fahren Großkonzerne weiterhin mit der Zerstörung unseres Planeten fort. Unsere Schulen müssen klimafit gemacht werden — und zwar jetzt. Dafür braucht es

Forderungen:

- Die Verankerung von Klimabildung im Lehrplan und ihre Ausführung im praktischen Unterricht
- Schulautonomie, damit jede Schule ihre Energiequellen eigenständig regulieren kann
- Eine gesetzliche Verankerung der Umweltsprecher:innen im Bildungssystem
- CO₂ Ausstoß von Schulen durch Änderung des Buffetangebotes senken inkl. dem Angebot von Alternativen die vegan, halal, kosher, sowie saisonal und regional sind, mit einem Fokus auf Verpackungsreduzierung
- Das Budget einer Schule darf nicht in zukunftsgefährdenden Fonds angelegt werden
- Die LSV macht sich bei Stadtregierung für Fassadenbegrünungen der Begrünung von Schulhöfen, autofreien Schulvorplätzen, radfreundliche Schulwege und PV-Anlagen auf Dächern stark
- Genügend Fahrrad- & Rollerstände vor Schulen, um sicherzustellen, dass alle Schüler:innen ihre Fahrräder und Roller vor der Schule abstellen können
- Förderungen von klimaneutraler Anreise bei Schulreisen und Schulveranstaltungen
- Bekanntmachung von Förderungen für klimafreundliche Schulprojekte
- Mülltrennungssystem ausweiten und an alle Schulen verankern
- vermehrter Einsatz von Leihbüchern um Papier zu sparen

56. Hass und Hetze? Wir sagen laut: **NEIN!**

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Hass, Hetze und Diskriminierung. Heutzutage hört man, sieht man und bekommt man diese drei Hassformen mehr und mehr mit. Man will sagen, dass Gen Z mehr toleranter wird, doch das ist in vielen Schulen nicht der Fall.

Hass befindet sich sicher überall in Schulen, und Diskriminierung ist immer dabei, auch wenn man sie nicht gut sehen kann. Ob man sexistische Aussagen macht, homophobe Witze erzählt oder weitere Formen von Hass verbreitet, sollte man in allen Fällen bestraft werden, denn Hass, Diskriminierung und Hetze haben keinen Platz an unseren Schulen!

Forderungen:

- Gendersprecher:innen an jeder Schule Wiens
- Regenbogen-Flaggen an jeder Schule Wiens
- Anlaufstellen für Mädchen, flinta und LGBTQIA+ Personen an jeder Schule etablieren, sowohl auch in der LSV
- Safe Groups für Mädchen und LGBTQIA+ Mitglieder an jeder Schule anbieten

57. Echte Gleichberechtigung im Klassenraum.

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

In einer Zeit, in der die Forderung nach Gleichberechtigung lauter denn je erklingt, ist es von entscheidender Bedeutung, bereits in den Schulen die Grundlagen für ein tieferes Verständnis und eine sensibilisierte Wahrnehmung zu legen. Dieser Antrag setzt sich für die Integration von feministischen Themen in den Schulunterricht ein, um das Bewusstsein für Gleichberechtigung zu schärfen und junge Menschen auf die Herausforderungen unserer Zeit vorzubereiten.

In der Unterstufe wird ein Grundkurs zu Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats vorgeschlagen. Dieser soll in der Oberstufe durch einen vertiefenden Kurs fortgesetzt werden.

In der Oberstufe sollen ausführliche Unterrichtseinheiten zu Femi(ni)ziden und Gewalt an Frauen* integriert werden. Dies fördert eine vertiefte Auseinandersetzung mit den realen Herausforderungen, denen Frauen weltweit gegenüberstehen, und sensibilisiert für diese Thematik.

Zusätzlich wird die Einführung von Workshops zur Gewaltprävention von externen Fachleuten an Oberstufen-Schulen vorgeschlagen. Diese Experten können durch ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen wertvolle Einblicke vermitteln und den Schülerinnen und Schülern praktische Werkzeuge zur Gewaltprävention mitgeben.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, den 8. März, den Internationalen Frauentag, von Schulen offiziell zu entschuldigen. Dies ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich intensiver mit diesem besonderen Tag und seiner historischen Bedeutung auseinanderzusetzen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen trägt dazu bei, ein bewusstes und sensibles Umfeld zu schaffen, das die Gleichberechtigung fördert und Schülerinnen und Schüler für soziale Herausforderungen sensibilisiert. Die Unterstützung und Prüfung dieser Vorschläge werden im Sinne einer fortschrittlichen und inklusiven Schulbildung erbeten.

Forderungen:

- Schulen sollten in der Unterstufe einen Grundkurs gemacht haben zum Thema Gleichberechtigung, Feminismus und den Auswirkungen des Patriarchats. Dieser sollte mit einem zweiten Kurs in der Oberstufe fortgesetzt werden.
- In der Oberstufe sollte außerdem die Themen Femi(ni)zide und Gewalt an Frauen* ausführlich im Unterricht durchgenommen werden.
- Zusätzlich sollte es einen Workshop zu Gewaltpräventionen, von einer externen Person, an den Oberstufen-Schulen geben.
- Der 8. März sollte von den Schulen entschuldigt werden, damit sich Schüler:innen mit diesem besonderen Tag und dessen Geschichte befassen können.

58. Frontalunterricht ist sowas von out!

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Ich glaube, wir können uns alle einig sein, dass um 25 Personen etwas beizubringen, der wohl schlechteste Weg ist vorne an der Tafel einen Vortrag zu halten. Doch genauso versucht das Schulsystem uns immer noch Wissen in unsere Köpfe zu zwängen und das 6 bis 10 Stunden am Tag. Dass dabei die Aufmerksamkeitsspanne nach spätestens der großen Pause weg ist, ist kein Wunder. Wir sagen ganz klar: Frontalunterricht ist im 21. Jahrhundert sowas von out!

Forderungen:

- Ein Fokus auf interaktiven Unterricht in der Schule
- Einen Rückgang von Frontalunterricht als Unterrichtsmethode
- Einen stärkeren Fokus auf Projektarbeit und fächerübergreifenden Unterricht um Themen zu erarbeiten
- Vermehrt Expert:innen in den Unterricht einbeziehen

59. Fit für die Zukunft(?)

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Matura. 12 Jahre Schule vorbereiten Schüler:innen auf die letzten zwei Monaten der 8ten Klasse. Nochmal über die mathematischen Formeln gehen, die Stilfiguren in Deutsch besprechen und die verschiedenen Typen der Philosophie für die mündliche PuP Matura wieder erwähnen. Und dann – Juni Ende. Keine Ahnung was ich jetzt mache!

Die Schule nimmt von uns 12 Jahre. Was nehmen wir daraus? So gut wie fast gar Nichts. Wir brauchen Bildung. Echte Bildung. Wie tue ich Steuern rechnen? Keine Ahnung. Kann ich mit Technologie gut umgehen? Keine Ahnung. Weiß ich überhaupt, was ich nach der Schule machen möchte? Leider auch – keine Ahnung. Werde ich diese Sachen jemals wissen? Wenn mir da die Schule keine Unterstützung gibt, dann auch – keine Ahnung.

Forderungen:

- Demokratiebildung als Fach
- Steuerberechnung zum Teil des Stoffes des Unterrichtsfach Mathematik machen ohne Matura Verpflichtung
- Verschiedene Informationsstellen für Universitäten und Zukunftschancen an Schulen erschaffen
- Behandlung von KI und Technologie im Unterricht durchgehen

60. Bewegt den Steinzeitdrachen Schule in die Zukunft

Antrag von: Niklas Rosam, GRG 12 Rosasgasse
isabel mackerle, brg boerhaavegasse
hanna szendrői, brg wasagasse
leo happel, camillo sitte bautechnikum

Wer kennt es nicht, eine zitternde Füllfeder in der Hand nach drei Stunden Deutschschularbeit? Wieso ist das immer noch der Normalfall an einer Mehrheit an Schulen. Im wahren Berufsleben wird dies nie wieder vorkommen. Die Vorbereitungseinrichtung für unsere die Zukunft hält jedoch weiter vehement daran fest. Um jedoch mit dem Wandel der Zeit mitgehen zu können müssen unsere Bildungseinrichtungen ihre digitale Infrastruktur ausbauen und den Unterricht sowie auch die Prüfungen digitalisieren. Also lasst uns gemeinsam den Steinzeitdrachen Schule in Bewegung bringen und dafür sorgen, dass verkrampfte Hände in Zukunft vom Tippen an den Tastaturen und nicht mehr vom Schreiben mit Füllfedern kommen.

Forderungen:

- Die Digitalisierung des Unterrichts für eine adäquate Vorbereitung auf das Berufsleben
- Eine Möglichkeit Leistungskontrollen wie Schularbeiten und Tests auch digital zu schreiben.
- Die digitale Infrastruktur an Schulen wie Endgeräte und WLAN ins 21. Jahrhundert bringen

60. Gemeinsam für Sicherheit an Wiens Schulen

Antrag von: Marcel Portel, AHS Komensky

Was man früher meist nur aus Filmen oder aus fernen Ländern kannte, ist leider nun auch bei uns ein Thema: Waffengewalt an Schulen. Ein prägendes Beispiel dafür war der Amoklauf in Graz im Jahr 2025, welcher 11 Menschenleben forderte. Das sind eindeutig 11 zu viel. Familien trauerten um geliebte Menschen, die für immer fortgegangen waren. Es werden Waffengesetze verschärft, doch wird die Sache auch an den Schulen angepasst? Was es braucht, sind gezielte Förderungen für Sicherheitsprojekte an Wiens Schulen. Dazu gehört eine Verbesserung des Sicherheitsstandards, ob schusssichere Türen, Eingangstüren, die nur nach Anläuten geöffnet werden, so auch Übungen für Schüler und Lehrer. Wie die Evakuierung während eines Feueralarms sollte auch ein Plan erstellt werden, wie man alle auch in so einem Fall bestmöglich schützen kann. Jedes Leben zählt, Schule sollte ein Sicherer Ort sein, an dem wir alle gemeinsam täglich voller Freude unsere Zeit verbringen. Wir müssen die Sache so früh wie möglich, alle gemeinsam anpacken, uns gegen Waffengewalt an Schulen stemmen und den Schutz der Schülerinnen und Schüler und Lehrer bestmöglich gewährleisten.

Forderungen:

- Förderungen vom Land für Sicherheitsprojekte an Wiens Schulen
- Sensibilisierung von Schülern und Lehrpersonen durch gezielte Workshops
- Verbesserung der Sicherheitsstandards durch moderne Technik (Schusssichere Türen, Schutzräume, wenn möglich ebenso Notausgänge)
- allgemeine Übungen für den Fall eines Amoklaufs

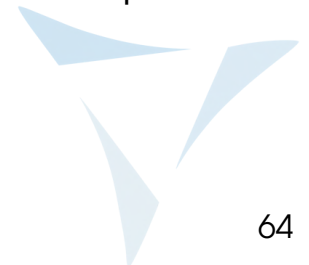
61. Sei eine Avocado!

Antrag von: Elisabeth Caroline Wenk, ORG der Wiener Sängerknaben
Remco Spauwen, Goethe-Gymnasium
Hannah Concin, Theresianum
Filip Glück, Modul
Diego Wintesperger, Modul
Anselm Ginthör Weinwurm, Grg13 Wenzgasse
Alisa Gradiscevic, BGRG Erlgasse

Avocados sind perfekt, wenn sie mittelreif und aus Zentralamerika sind. Genauso wichtig wie eine zentrale mittlere Reife. Doch was ist es, was man braucht für das Leben nach der Schule? Am Ende der Pflichtschule sollen wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten haben. Doch wie kann man sicher gehen, dass das der Fall ist? Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Um aber niemanden sein Leben lang in die Schule zu zwingen, läuft die Schulpflicht auf jeden Fall mit dem 18. Geburtstag aus. Die zentrale mittlere Reife soll keine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Es braucht keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Forderungen:

- Einführung der zentralen mittleren Reife am Ende der Schulpflicht



62. Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen

Antrag von: Georg Lehninger, GRG7 Kandlgasse
Alemina DZELILI, IBC Hetzendorf

Jeder hat das sicher schon einmal in der Schule erlebt: Lehrkräfte oder Schulleitungen tun etwas, das sie eigentlich nicht dürfen beziehungsweise was nicht in ihren Kompetenzbereich fällt. Dazu gehören unfaire Benotungen, eine nicht korrekte Durchführung von Schulsprecherwahlen oder auch, dass der SGA an manchen Schulen in Bereichen übergangen wird, für die er zuständig ist. An manchen Schulen kommt es sogar vor, dass Schüler:innen für Schulbücher bezahlen müssen, seitens der Lehrpersonen, obwohl dies laut Schulunterrichtsgesetz nicht vorgesehen beziehungsweise verboten ist. Vereinzelt das Kopftücher von Schülerinnen über 14 Jahren teils anstandslos und würdelos nach Schummelmöglichkeiten durchsucht. Diese Einzelfälle sind Bestandteil von immer wieder stattfindenden Kompetenzüberschreitungen von Lehrkräften

Hinzu kommt, dass wir Schüler:innen oft nicht selbst unsere Rechte verteidigen können, weil uns entsprechende Inhalte nicht vermittelt werden – teilweise auch deshalb, weil Lehrkräfte selbst nicht ausreichend darüber Bescheid wissen und es auch nicht Teil des Lehrplans ist. Was uns Schülerinnen aber ideal für die Zukunft vorbereiten würde.

Zusätzlich tragen auch Lehrkräfte, die Schulleitung und das Schulpersonal zu einer angstfreien Schule bei. Es reicht nicht aus, lediglich für Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren, sondern man muss ihnen auch deutlich machen, was sie rechtlich dürfen und was nicht, um Überschreitungen und unsensibles Verhalten zu verhindern. Nur so kann Rassismus und Diskriminierung langfristig aus dem Schulgebäude verschwinden.

Auch wir Schüler:innen können uns nicht verhalten, wie wir wollen, sondern haben laut Gesetz Rechte und Pflichten, die wir wahrnehmen müssen und nicht überschreiten dürfen. Das gilt für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal ebenso. Daher sind Schulungen für Lehrkräfte, Schulleitungen und das Schulpersonal notwendig, in denen sie verstärkt auf ihre Rechte, aber auch auf ihre Pflichten gemäß Schulunterrichtsgesetz und Schulorganisationsgesetz sensibilisiert werden.

So können Überschreitungen verhindert, das Schulklima verbessert und in weiterer Folge auch uns Schüler:innen klar und verständlich vermittelt werden, welche Rechte und Pflichten wir haben. Denn eine angstfreie Schule kann nur gemeinsam durch ein Gleichgewicht zwischen Schülerinnen gelingen!

Forderungen:

- Verpflichtende Rechts Schulungen für Lehrer: innen und Schulleiter: innen
- Rechts Aufklärung für Schülerinnen als Bestandteil des Unterrichts der Sekundarstufe zwei